

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Willystr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 16.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 8. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgeschwisterte Zeitzeile über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

v. H. Unsere Handwerker.

III.

Je mehr der einzelne Mensch seinen Platz ausfüllt, je mehr er erkennt, daß ihm vieles gelungen, daß seine Kräfte sich steigern, aber auch daß die Aufgaben für dieselben sich mehren, desto mehr wird es sich an Gleichstrebende anschließen und in der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen unter bedeutender Ersparnis von Zeit, Kraft und Mitteln seine eigenen fördern und emporbringen. Unsere Handwerker wissen, daß der in allgemeinen Verhältnissen hauptsächlich begründete Niedergang des Gewerbes, daß insbesondere die Lehrlings- und Gesellenfrage, die Kreditverhältnisse, die Verhürungen des Handwerks mit der Industrie und dem kaufmännischen Betriebe, die Eröffnung neuer Beschäftigungsweisen und mehreres Andere für sie eine Unmasse von Schwierigkeiten herbeiführen, die selbst der tüchtigste Meister allein nur theilweise überwinden kann, sie werden also, und gerade die wackersten voran, zur Genossenschaft, zur Zinnung greifen, um gemeinsam zu vollbringen, was dem Einzelnen nur schwer oder gar nicht möglich ist. Es ist klar, daß solche Zinnungen nur im Rahmen der heutigen Gesetzgebung entstehen können, daß sie also die Mitgliedschaft der einzelnen Meister nicht erzwingen oder gar die Behinderung der nicht betretenden für ihren Gewerbetrieb herbeiführen können, aber es ist auch ebenso klar, daß sie in kürzester Frist durch die Lösung gemeinsamer Aufgaben vor den nicht betretenden Meistern einen Vorteil gewinnen werden, der sie hundertfach für alle kleinen Opfer an Zeit und Geld, die sie dem Verbande bringen müssen, entschädigen dürfte. Als solche Aufgaben bezeichnet schon ein Leitartikel der "Posener Zeitung" vom 14. Januar v. J. die folgenden: die Ermöglichung der Baarzahlung, die zweckentsprechende Ordnung der Lehr- und Gesellenverhältnisse, die ausreichende Kenntnissnahme der Rohprodukte, Halbfabrikate und Fabrikate, die Bildung von Ehrenräthen zur Schlichtung von Streitigkeiten unter den Verbands-Genossen oder dieser mit den Auftraggebern und Konsumenten und zur Abwendung unwürdiger Konkurrenten und Konkurrenzmittel, ferner die Errichtung von Hilfs- und Unterstützungs klassen, von Vorschuß- und Kreditvereinen und können diesen hier noch hinzufügen die ordnungsgemäßige Vertretung bei den Steuererhebungskommissionen, die angemessene Beteiligung bei den verschiedenen Wahlakten für die staatlichen und kommunalen Vertretungskörper, die Vorberathung einschlagender Gesetzentwürfe, die Errichtung von Gewerbeberichten und Gewerbelämmern, kurz alle diejenigen Aufgaben, die die Theilnahme am öffentlichen und staatlichen Leben befunden und fruchtbar machen.

Es ist nicht möglich, aber auch kaum nothwendig, auf alle diese Aufgaben näher einzugehen, nur für einzelne derselben seien einige weiterführende Bemerkungen gestattet. Unserer Meinung nach haben die neuen Handwerkerinnungen als nächsten Zweck die Pflege der bekannten Schulze-Delitschen Kredit und Vorschußvereine, um das materielle Substrat zu gewinnen, dessen sie nicht allein für den Anfang, sondern auch für die Fortführung und Erweiterung ihres Geschäftsbetriebes bedürfen. Besonders sind für diese Vereine gewisse moralische Grundlagen die Hauptbedingungen der Mitgliedschaft, und eben dieselben Grundlagen kann auch der Handwerksmeister niemals entbehren, so daß Mitgliedschaft und Meisterschaft in glücklichster Weise vereint werden können. Tüchtige Arbeitsleistung, entsagende Sparfamilie und unangesuchte Rüchternheit des Lebens machen aber auch aus einem anschlägigen Lehrburschen einen brauchbaren und geschätzten Gesellen und diesem wird selbst bei einem kleinen Anfangskapital niemals die Selbstmachung als Meister schwer werden, wenn er bei gegebener passender Gelegenheit in einer Ergänzung seiner Baarschaft in dem Kreditei der Kasse seines Handwerks nachsucht. Solche Vorschuß- und Kreditkassen bedürfen der Ansammlung eines Reservefonds. Bisher wurde dieser als das gemeinsame Vermögen der Vereinsmitglieder betrachtet, ohne daß über eine direkte andere Verwendung als zu der Deckung von Ausfällen etwas Bestimmtes festgestellt wurde. Es hindert bei den Zinnungen nichts, einen Theil dieses Reservefonds, dessen Höhe dann nicht statutarisch festzulegen ist, als Hilfs- und Unterstützungs klasse für verarmte Mitglieder oder für ihre Hinterbliebenen zu etablieren und so einen weiteren Zweck zu erreichen, der in Handwerkerkreisen nicht am wenigsten vorausgesetzt werden muss. Weil Vorschuß- und Kreditvereine einer hinreichenden Anzahl von Mitgliedern bedürfen, so ist natürlich für dieselben die Zusammenfassung mehrerer Zinnungen einer größeren Stadt oder auch die mehrerer kleinen Städte nicht nur nicht zu behindern, sondern in direkte Aussicht zu nehmen: in einem Falle darf aber auf Staats- oder Gemeinde-Unterstützung zurückgegangen werden, um gewisse Vorbedingungen zu umgehen, und ebenso ist von der Einwirkung staatlich ernannter Kassenrevisoren abzurathen, wie plausibel auch der letztere Vorschlag anfangs erscheinen mag. Der erste ist schon als

eine sozial-kommunistische Einrichtung zu verwerfen, abgesehen davon, daß mit solcher Beihilfe zumeist leichtfertig gewirthschaftet wird, und jede einzelne ein gefährliches Präjudiz für viele, ja unzählbare nachfolgende abgeben würde. Die staatlich anzuordnende Kontrolle ist ebenfalls unannehmbar; sie würde einerseits das Prinzip der Selbsthilfe durchbrechen, andererseits aber das Nebel, dem sie entgegenwirken soll, nicht bannen, da nur von solchen Männern eine wirkliche Revision bewirkt werden kann, die selbst mitten in den Geschäften sich befinden und durch längere Theilnahme an denselben über die Quellen der möglichen Veruntreuungen instruiert sind. Wenn nun gleichwohl manche Vorschuß- und Kredit-Vereine durch ungetreue Verwaltung und ungeeignete Aufsicht für viele kleine Leute ein Fluch statt eines Segens geworden sind, so können wir nur an das freie deutsche Bürgerthum, an das wohlstandsfähige, wohlhabende und rechtbedenkliche appellieren, damit es seine Mitwirkung bei dieser hochwichtigen Angelegenheit nicht versage. Auch derjenige, welcher eines Kredit-Vereins nicht bedarf, soll einem solchen beitreten, einmal um die wirklichen Einlagen zu vermehren und für den Entleihen einen möglichst geringen Zinsfuß zu ermöglichen, dann aber, und vorzugsweise, um an der Verwaltung und Aufsicht sich energisch zu beteiligen und gerade dort nach dem Rechten zu sehen, wo der kleine Mann noch aus Unkenntnis oder aus Scheu vor der Clientele eines empirisch gekommenen Namens das nicht zu thun vermag. Unser Vorschlag gründet sich auch auf einen geschichtlichen Vorgang. Auch früher ließen sich Männer außerhalb der Zinnungen und Zünfte in die Listen derselben eintragen, und halfen redlich und tapfer bei dem weiteren Ausbau derselben. Warum soll heute ein Ähnliches nicht stattfinden? Wir denken, die Führer der liberalen Partei haben alle Ursache, in dieser Weise dem Vorgange Miquals Folge zu leisten.

Wie die Kredit- und Vorschuß-Institute die äußere Selbstständigkeit des Handwerksmeisters ins Auge fassen, so die Bildungs-Vereine die innere. Vorträge, Bibliotheken, gesellige Vereinigungen sollen das Herz wie den Kopf klären, nicht so sehr durch direkte Belehrung als dadurch, daß Gelegenheit und Anregung gegeben wird, das Gute und Schöne zu hören, und zu schauen, für dieses einzunommen zu machen, und durch Gewöhnung zu einem nicht abzuweisenden Bedürfniß werden zu lassen. Auch hier wird es gerathen sein, wenn mehrere Spezialzinnungen zu einem Handwerkerbildungs-Verein zusammenzutreten und durch größere Massen die Vereinszwecke ermöglichen. Von diesem Punkte aus kann auch auf die Gesellen in erster Weise eingewirkt werden, sowohl dadurch, daß man für anständige Beiträge Sorge trägt, als dadurch, daß man sie zu den belehrenden und geselligen Vereinigungen heranzieht und somit Gelegenheit giebt, Familienkreisen nahe zu treten, die ihnen anderweitig verschlossen sind. Wir können das nicht weiter ausführen, um noch Raum für einen dritten und letzten Punkt zu behalten, der gerade in unseren Tagen mehr als sonst beherzigt sein will. Die Zinnungen haben sich vorzugsweise mit den handwerklichen Fachschulen — nicht Fortbildungsschulen — zu bemühen und solche in möglichst großer Zahl ins Leben zu rufen. Die Fortbildungsschulen sind bislang nur zu sehr theoretische Anstalten, die Stoff und Methode der Volkschule entnehmen, und von dem, was wirklich Noth thut, kaum eine Ahnung haben. Nach dem, was durch die Volkschule erreicht ist, gleichgültig, ob viel oder wenig, muß das spezielle Bedürfniß des Lehrlings in Betracht gezogen werden. Das ist bisher wenig geschehen, und deshalb sind die Fortbildungsschulen wenig besucht und noch weniger für die Besuchenden fruchtbar geworden. Lehrwerkräthen können nur in großen Etablissements errichtet werden. Mehrere Werkstätten können aber das Material zu einer Gewerkschule hergeben. Hier ist Zeichnen im wahren Sinne des Wortes zu lehren, hier sind Unterweisungen über Rohprodukte, Halb- und Ganzfabrikate zu geben, hier endlich ist in Werthshärtungen und Werthberechnungen der Arbeit und ihrer Erzeugnisse zu unterrichten. Das Alles ist mit wenigen Vorlehrmitteln zu erreichen, die auf der Stelle und in kurzer Zeit herbeigeschafft werden können, sobald sie fehlen, und was das Beste ist, eine solche Art des praktischen Unterrichts nötigt zur weitern theoretischen Ausbildung mit jenem Zwange, der den übertrifft, welchen man so oft obligatorisch herbeiführen will. Solche Handwerkerlehrschulen können nur durch Handwerker-Zinnungen hervorgerufen und erhalten und nutzbar gemacht werden. Wenn die Gemeindevorstände helfend eingreifen wollen, so möge das durch Beschaffung festen Zinnungssofale geschehen, in denen zugleich permanente Verwahrorte aller das Handwerk bereichernden Gegenstände, aller Maschinen, Werkzeuge, Modelle und Erzeugnisse gefunden sein müßten.

Wir glauben die richtigen Wege zum Emporbringen des Handwerks gezeigt zu haben. Mögen nun die Handwerksmeister das Ihrige thun, zumal da sie erfahren haben, daß ihnen in

schwierigen Lagen erprobte Vertrauensmänner gern die nötige Beihilfe gewähren.

Der Holzhandel Posens.

(Aus dem Jahrbuche der Posener Handelskammer.)

Die Provinz Posen, welche in einer früheren Epoche an den großen Markt mit beträchtlichen Quanten fieserner und vorzüglicher eisener Exportholz regelmäßig treten konnte, ist schon seit langen Jahren nicht im Stande, aus eigenen Forstbeständen an dieser Versorgung Theil zu nehmen. Es giebt in ihr nur noch wenige, für die Abholzung läufige Privatforstkomplexe, und insbesondere ist für den Export geeignetes Eichen-Material in irgend nennenswerthem Maße kaum vorhanden. Die Nothwendigkeit, das hier altbegründete Holzexportgeschäft in seinem Umfang nicht zurücktreten zu lassen und die große Zahl der auf diese Erwerbstätigkeit angewiesenen Personen in fortduernder Beschäftigung zu erhalten, hat schon vor länger als einem Menschenalter, also viel früher, als von einer Überschwemmung mit fremden Völkern die Noth war, naturgemäß auf die Verlegung der geschäftlichen Thätigkeit der diesseitigen Interessenten in das russisch-polnische Hinterland hingeführt. Auch gegenwärtig unterhält unsere Provinz in dem weiten, von dem Flusssystem der Weichsel umspannten Länderebiet, sowie an dem polnischen Theil der Warthe einen nennenswerthen Geschäftsbetrieb. Freilich wirkt derselbe in Folge der in Polen und Russland herausgebildeten Konkurrenz dortiger Händler und der dadurch wesentlich gestiegenen Einkaufsspreise, die in keinem Verhältniß zu dem Preußen am dem darniederliegenden deutschen, englischen und französischen Markt stehen, seit einigen Jahren kaum einen mäßigen Gewinn ab, zumal die Werbung-, Anfuhr- und Verstößungskosten noch immer höher sind als früher. Die Anführung in den Motiven zum Zollgebet-Entwurf, daß "in Folge der ausgedehnten, bis in die neuere Zeit unausgenutzten Forsten in diesen Ländern der Werth des Holzes ein sehr geringer sei", trifft für Polen und Russland, soweit letzteres bisher in die Verorgung des westlichen Marktes hineingezogen werden konnte, nicht mehr zu. Der diesjährige Bericht der posener Handelskammer äußert sich über das Holzgeschäft, wie folgt:

"Unter normalen Verhältnissen war das diezeitige Geschäft in der Lage, das Material den norddeutschen Seestädten zuzuführen und es durch diese verwerthen zu lassen. Der für ausländisches Holz aufzuerlegenden Zoll würde uns, die wir das naturgemäße Streben haben müssen, die frühere Thätigkeit fortzuführen, härtter treffen, als die Kommissionshäuser für das Ausland. Bevor das in angekauften Forstobjekten niedergelegte Anlagekapital realisiert werden kann, gehen mitunter Jahre hin; der Händler im Binnenlande vorzugsweise ist es, der den Zoll aller Voraussetzung nach auch zu verauslagen und zu tragen hat und er bleibt mit diesem, wie mit dem Anlagen einschließlich Werbelatal dem Zufälligkeiten und den Schäden unterworfen, die Realisierungen mit sich bringen. Ihm ferner wird die Gelegenheit abgehen, von einem Steuererlaß im Durchgangs-Berlehr Gebrauch zu machen, obwohl er in vielen Fällen auf Verwertung durch Export angewiesen ist."

Deutschland deckt seinen Bedarf an Holz in den verschiedenen Qualitäten aus eigenen Forsten nicht. Das Wasser- und Landbau und ein Theil unserer Holzindustrie in vielen Fällen durch die geeignete Verwendung ausländischen Materials Vorleb zu erhalten, kann nicht in Abrede gestellt werden. Es ist wahrscheinlich, daß von einer gewissen Art der Eisenbahn-Differentialtarife mit dem Auslande dem heimischen Handel Schaden zugefügt worden ist: die ausländische Konkurrenz hat dem Handel, der Industrie und selbst der Privatforstpflege zum Nutzen gereicht. Eine Belastung des Imports von rohem Holzmaterial mit dem Zoll würde namentlich die östlichen Gebietsteile Deutschlands und insbesondere unsere Provinz, durch die Natur ihrer Verhältnisse wirtschaftlich an sich ungern geringer widerstandsfähig als der Westen, in ihrer Erwerbskraft erheblich beeinträchtigen.

"Die Preise von Holz in der Provinz Posen für den inneren Verbrauch, soweit derselbe durch Privat- und öffentliche Forsten gedeckt wird, haben sich durchschnittlich noch in der Höhe derer vor 1870, also wie sie vor der außerordentlichen, außer Anschlag zu lassen den Steigerung der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts sich bewegten, erhalten.

"Wir versagen uns der nothwendigen Kürzung wegen alle Ausführungen allgemeiner Natur über die vorliegende Frage. Auch lassen wir die schwierigen Verhältnisse überhaupt, in die seit einigen Jahren das Holzgeschäft im gesamten europäischen Kontinent in Folge der allgemeinen Geschäftslage verfestigt worden ist.

"Es wächst die Belastigung des Verkehrs durch den Zoll, für den eine Remission nach Maßgabe der mannigfachen, in einer Verordnung kaum konstruierbaren Formen, unter denen dieser Bonifikationsanspruch erscheinen kann, schwer wird, durch die Weitläufigkeiten und Kosten, den Arbeitsaufwand, den Zeitverlust und die Fährlichkeit, die namentlich mit der zollamtlichen Abfertigung der umfangreichen Waffertransporte verbunden sein würden, zumal der Tarifentwurf die Verzollung nach Schiffslast resp. Stücken, welche bis zum Jahre 1865 mit wesentlich geringeren Sätzen stattfand und noch als die einfachste sich darstellt, gemieden hat.

"Eine thatächliche Vermessung oder Verwiegung des Holzinhaltts wird, selbst ohne Eintritt der besonderen elementaren Störungen, welche den östlichen Flüssen, besonders der Weichsel, nicht blos in der Periode des Frühjahrs-Hochwassers eigen sind, ein längeres Stillager der Transporte erfordern und die Kostenfälle für die Flößerei erhöhen; bei eintretendem Verschwinden der Transporte aber — ein Vorgang, welcher, während wir dieses niederschreiben, ebenso auf der Weichsel wie außerordentlich rechts und sonstige Verantwortlichkeiten des Verfrachters dem Flößföhren gegenüber zu liegen bringt.

Nach dem Vorangeführten erlauben wir uns den ganz gehorsamen Antrag:

es bei der bisherigen Zollfreiheit von Bau- und Nutzholz (pos. 13. c. 1 und 2 des Entwurfs eines neuen Zolltariffs) bewenden zu lassen.

Sollte wider Erwarten diesem Antrage nicht Folge gegeben werden, so beantragen wir:

1. den Zolltarif unter Nr. 1 "rob oder blos mit der Art vorgearbeitetes Bau- und Nutzholz" ablehnen und diese Position folgendermaßen formuliren zu wollen: "rob oder mit der Art oder mit dem Beil bearbeitetes Holz einschließlich Schwellen und Klößen: Zollfrei".

II. ad 2. Geschrittene Waaren unter genauer Abgrenzung derselben gegen die Bestimmungen sub Nr. 1 mit dem betreffenden Zollsat zu belegen.

Bei den hier sub II. vorzugsweise in Frage kommenden Brettwaren würde der Modus der im Tarifentwurf vorgelegten Verzollung nach 100 Ro., resp. solche auf Festmeter reduziert, weniger Bedenken begegnen, da Bretter, abgesehen von der Verfrachtung per Axe, in der Hauptroute feenwärts oder in Kahlladungen mit Schiffslastberechnung oder mittels der Eisenbahnen in Waggons von 100 resp. 200 Zent. Tragfähigkeit eingehen.

Deutschland.

+ Berlin, 6. Januar. [Der Kultusminister und die Ultramontanen. Deutschland und Frankreich.] Den Amtshandlungen des Kultusministers gegenüber nimmt die ultramontane Presse eine noch immer sehr zurückhaltende Stellung ein, wie sich jetzt wieder in der Aufnahme des Erlasses der arnsbergischen Regierung betreffend den Religionsunterricht in den Volksschulen zeigt. Sie erkennt an, daß Herr v. Puttkamer „verhängnisvolle Missgriffe seines Vorgängers“ gut zu machen bestrebt ist; hält aber voll und ganz an dem prinzipiellen Standpunkt fest. Aus den Bemerkungen, welche die „Germania“ an den Erlaf der arnsbergischen Regierung knüpft, geht hervor, wie ungerechtfertigt die Auffassung des Kultusministers ist, daß die Geistlichen bei Wiederaufnahme des Religionsunterrichts von einem andern Geiste sich leiten lassen werden, als eben denselben, um dessentwillen ihnen die Leitung des Religionsunterrichts entzogen wurde. Wir sehen auf Seiten der Regierung ein wenig gerechtfertigtes Vertrauen, auf Seiten der Geistlichkeit, wenn wir deren Gefinnung aus maßgebenden Blättern wie die „Germania“ entnehmen dürfen, die offene Zurückweisung dieses Vertrauens. Das Puttkamer'sche System besteht bis zu dem Zeitpunkte, wo vielleicht die Unterhandlungen mit der Kurie eine Revision der kirchenpolitischen Gesetze gestatten, in der äußerlichen Achtung und Aufrechterhaltung der Formen dieser Gesetze, dabei aber in dem Bestreben, dem Ultramontanismus es möglichst leicht zu machen, sich in dem Rahmen dieser Gesetze einzurichten und ihre Wirkung abzuschwächen. Die „Germania“ bezeugt es dem Kultusminister, daß er sich in einem schweren Irrthum befindet, wenn er durch sein Entgegenkommen den Klerus in seinen Grundsätzen über die Rechte der Kirche bezüglich des Religionsunterrichts wankend machen zu können hoffen sollte. Wenn der erwähnte Erlaf den Grundsatz aufstellt: nur ernste und erhebliche, durch Thatfachen unterstützte Gründe dürfen es sein, welche die Ausschließung eines Geistlichen vom Religionsunterricht rechtfertigen, so meinen wir, es wäre ein der Regierung weit würdiger Standpunkt, wenn sie als Vorbedingung für die Wiederübertragung des Religionsunterrichts ernste und erhebliche Thatfachen verlangte, welche beweisen, daß der systematische Widerstand der katholischen Geistlichen gegen staatsgesetzliche Schulanordnungen, der ihnen seiner Zeit die Schulen verschlossen, einer anderen Anschauung Platz gemacht hat. Davon haben wir aber nicht das geringste Anzeichen. Vielmehr müßte die trockige Sprache der ultramontanen Presse den Minister überzeugen, wie schlecht begründet sein Vertrauen ist und wie sehr jedes äußere Entgegenkommen die Ansprüche steigert. Das System, die „Kulturkampfgefegebung“ aufrecht zu halten, sie aber in einer Weise zu handhaben, die ihren Geist und Zweck ganz in Frage stellt, scheint uns der unglücklichste und auf die Dauer ungangbarste von allen Wegen zu sein, um zu einer wirklichen und aufrichtigen Beilegung der Gegenseite zu gelangen. — Das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich, wie es sich in Folge der jüngsten Ministerkrise in Paris

gestalten wird, ist ein in allen politischen Kreisen mit leichtbegreiflicher Lebhaftigkeit behandeltes Thema. Es ist bekannt, daß die neue Regierung einen Schritt weiter in der Annäherung an den Radikalismus bedeutet und daß sie in noch weit höherem Grade als bisher den Weisungen des eigentlich leitenden Staatsmannes hinter den Kulissen, Gambetta, folgt. Der Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, de Freycinet, muß geradezu als ein Werkzeug des Kammerpräsidenten betrachtet werden. Diese Umstände waren natürlich nicht geeignet, der öffentlichen Meinung in Deutschland das Resultat dieser Ministerkrise sehr sympathisch erscheinen zu lassen. Man mußte sich der Befürchtung hingeben, daß der Personenwechsel auch einen Systemwechsel namentlich in der Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten zur Folge haben, und daß an Stelle der loyalen und friedliebenden Haltung Waddington's eine revanchistische und abenteuerfüchtige Politik treten werde, als deren Repräsentanten man Gambetta seit seiner berühmten Rolle im Kriegsjahr zu betrachten pflegt. Der gesuchte freundschaftliche und beruhigende Gedankenaustausch, den der Minister Freycinet mit unserm Botschafter gepflogen, mußte indeß, wenn man auch diplomatischen Höflichkeitsphrasen einen allzu hohen Werth nicht beilegt, das doch wenigstens beweisen, daß man von französischer Seite sich bestrebt, die in Deutschland bestehenden Besorgnisse nicht aufkommen, von deutscher Seite, Empfindlichkeit und Beunruhigung nicht merken zu lassen. Als ein weiteres beruhigendes Moment wird heute gemeldet, daß das Verbleiben des französischen Botschafters in Berlin, Graf St. Vallier, ziemlich gesichert sei, eines Staatsmanns, zu dem man allerwärts in Deutschland das Vertrauen hat, daß er sein Amt nicht fortführen würde, wenn er nicht überzeugt wäre, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in der bisherigen friedliebenden Weise zu vermitteln zu können. Man wird danach auch in Deutschland der neuen pariser Regierung allmälig sich ruhiger und gelassener gegenüberstellen. Die Gefinnung der meisten Franzosen aller Parteien gegen Deutschland kennen wir ja und vor übertriebener Sorglosigkeit und Vertrauensseligkeit braucht weder unsere Regierung noch unser Volk gewarnt zu werden. Aber wenn wir auch stets gegen alle bedrohlichen Eventualitäten auf der Hut sein müssen, braucht man darum doch die augenblickliche Situation nicht düsterer und pessimistischer anzusehen, als sie ist.

■ Berlin, 6. Januar. [Graf Bethuzy-Huc. Verlangen nach einer neuen Partei.] (Von fortschrittlicher Seite eingesandt.) Der Entschluß des Grafen Bethuzy-Huc, das Landratsamt in seinem heimathlichen Kreise Kreuzburg anzunehmen, ist als ein Beachtung verdienendes Zeichen der Zeit anzusehen, unter der Voraussetzung namentlich, daß er gleichzeitig auf sein Mandat zum Abgeordnetenhaus und zum Reichstage verzichtet. Graf Bethuzy-Huc hat durch seine kühnen Bilder im Sinne des Kriegsberichtstatters der „Wespen“ — z. B. durch den an der Stirnlode zu fassenden Strom der Zeit — eine von einer gewissen Komit nicht loszulösende parlamentarische Berühmtheit erlangt. Daß er außerdem seine parlamentarischen Verdienste hat, ergibt die Thatsache, daß er eine Zeitlang zweiter Vizepräsident des Abgeordnetenhauses war. Das Ansehen, welches er sich erworben hat, gründet sich weniger auf seine eigentlichen parlamentarischen Leistungen, als auf die Redlichkeit seines von allem und jeglichem Streberthum entfernten Charakters, sowie auf die seit Begründung der freikonservativen Partei von ihm unablässig wenn auch mit wenig Erfolg angewandten Bemühungen, dieser seiner Partei eine wirkliche prinzipielle Stellung zu geben, sie unabhängig von den Konservativen, unabhängig von den Liberalen und auch unabhängig von der Staatsregierung werben zu lassen. Graf Bethuzy-Huc, der einzige Abgeordnete der rechten Seite, der von Anfang der Kon-

fliktszeit an, also seit 1862 dem Abgeordnetenhaus und seit 1867 dem Reichstage angehört, trat schon 1862 aus der kleinen, kaum ein Dutzend Mitglieder umfassenden konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses aus, als diese in der budgetlosen Zeit die vom Herrenhause und von der Staatsregierung damals adoptirten hasträubenden Auslegungen über die den Staatshaushalt betreffenden Verfassungsbestimmungen billigte. Erst als nach 1866 der im konstituierenden Reichstag noch „altliberale“ Friedenthal und andere neue Parlamentarier mit ähnlich vermittelnden Ansichten austraten, wurde Bethuzy, der Hauptbegründer der konservativen Fraktion, die sich im Reichstage „deutsche Reichspartei“ nennt. Mit Friedenthal aber und Schmidt-Sagan stand er im Abgeordnetenhaus stets auf der äußersten Linken seiner Fraktion; namentlich wenn es galt, gegen die kirchliche Unduldsamkeit zu protestiren oder überhaupt die Lust darzulegen, die ihn von der traditionellen Orthodoxie der evangelischen Konservativen trennte, stimmte er, abweichend von allen oder fast allen Parteigenossen mit der liberalen Seite. Die Fraktion der deutschen Reichspartei im Reichstage hat durch die nichtpreußischen Mitglieder einen zerstörenden Einfluß auf die selbstständige Parteibildung geübt. Dazu kommt das Neuberwuchern des Streberthums und des reinen Ministerialismus auch in der Landtagsfraktion. Mit Friedenthal's und Fall's Auscheiden aus dem Ministerium ist für einen Mann wie Graf Bethuzy-Huc die Situation in den Parlamenten und in den von ihm begründeten Fraktionen unerträglich geworden, — er zieht sich in die Wirksamkeit eines Landrats zurück und — wartet auf bessere politische Zeiten, in denen er verzichtet, für deren Herbeiführung parlamentarisch zu wirken. — Die Unbehaglichkeit der Situation für alle nicht zur konservativerlichen Mehrheit gehörenden Parlamentarier dokumentirt sich in der Beliebtheit der Sehnsucht nach einer „großen liberalen Partei“. Ueberauschend für seine alten politischen Freunde war es, daß auch der Abg. Dr. Löwe, der frühere Freihändler, jetzt einer der Führer der schützöllnerischen Reichstagsmehrheit, vor seinen Wählern dieser Sehnsucht Ausdruck giebt mit dem Hinzufügen, daß eine große liberale Partei aber in allen wirtschaftlichen Fragen kein Prinzip aufstellen solle. Gerade dies ist ja der Hauptgrund, weshalb der Fortbestand der nationalliberalen Partei in der bisherigen Weise eine Unmöglichkeit geworden ist.

■ Schiedsspruch des Reichs-Oberhofsgerichts. [Dementis.] Offiziös wird geschrieben: In der Sitzung des Bundesrats vom 15. Mai 1877 war beschlossen worden, die Erledigung der zwischen der preußischen Regierung einerseits und der sachsen-weimarischen und loburg-gothaischen Regierung andererseits bezüglich der Besteuerung der thüringischen Eisenbahn bestehenden Streitigkeit durch einen Schiedsspruch des Reichs-Oberhofsgerichts über die Frage, ob nach dem Staatsvertrage vom 19. April 1844 die preußische Regierung den beiden anderen Regierungen gegenüber verpflichtet ist, die thüringische Eisenbahn-Gesellschaft auch von jeder Kommunalabgabe mit alleiner Ausnahme der Grundsteuer und anderer dringlicher Lasten zu befreien, — herbeizuführen. Der Schiedsspruch fiel im befahenden Sinne aus, und die preußische Regierung erklärte sich auch bereit, demselben Folge zu geben, ist aber der Ansicht, daß aus dem Schiedsspruch für Preußen lediglich die Verpflichtung ergebe, den beiden anderen beteiligten Regierungen deren Interesse an der Befreiung der Eisenbahn-Gesellschaft von Kommunalabgaben zu vergüten. Dieser Ausstieg hat sich die weimarsche Regierung nicht anzutunken vermocht, sondern beantragt, die preußische Regierung wolle Fürsorge dahin treffen, daß der thüringische Eisenbahn-Gesellschaft die tatsächliche Befreiung von Kommunalabgaben nach Maßgabe des Schiedsspruchs für Vergangenheit und Zukunft gewährt werde. Eine weitere Erklärung auf diese Aeußerung ist bis jetzt nicht erfolgt, und die thüringische Eisenbahn wird fortlaufend und in immer größerer Ausdehnung zu Kommunal- und Kreisabgaben herangezogen. Die weimarsche Regierung hat daher jetzt eine weitere Beschlaffung des Bundesrats dahin beantragt, daß die preußische Regierung veranlaßt werde, 1) in Gemäßheit des Schiedsspruchs die thüringische Eisenbahn-Gesellschaft von jeder Kommunalabgabe mit alleiner Ausnahme der Grundsteuer und anderer dringlicher Lasten, soweit

die Darmfalte zwei Schlingen, welche den unversehrten aus einem Stücke geschnittenen Darmstreifring umschlossen. Die Hauptmomente dieses Vorganges sind auf beigegebenen photographischen Tafeln abgebildet.

Einst wünschte Zöllner einen recht auffälligen Verschwindungs-vorgang zu sehen. Slade schob ein Buch auf einer Tafel unter den Spieltisch und zog gleich darauf die Tafel leer zurück. Unter dem Tische war nichts zu sehen. Nach einiger Zeit kam während Slade's Hände wie die der anderen Anwesenden auf dem Tische lagern, das Buch schräg von oben herab auf die Tischplatte geslogen, wobei es das Ohr Zöllner's streifte.

Cinige Vorgänge sind dadurch merkwürdig, daß sie sich als die Wirkungen einer beträchtlichen, in einem Falle sogar einer sehr großen Kraft darstellen. So begann einst, während Slade etwa vier Fuß entfernt und dabei abgewendet dastehend, ein hinter einem Schirm stehendes Bett in der Weise vorzutücken, daß es den Schirm vor sich herschob. Derselbe Schirm zersprang bald darauf mit einem starken Knall in zwei Theile, indem mehr als halbzölige Holzzapfen — zerrissen waren, eine Wirkung, wie sonst sie, nach Zöllners Berechnung, nur eine Zugkraft von 198 Centnern hervorbringen kann.

Wieder von ganz anderer Art, aber nicht minder verwirrend und unbegreiflich sind die Erscheinungen, welche die Spiritisten auf Materialisationen, d. h. theilweise Verkörperungen der Geister zurückführen. So erhält man in einem Napf mit Mehl, welcher unter den Tisch gestellt war, den Abdruck einer Hand, welche keinem der Anwesenden angehörte, keinem angehören konnte. Abdrücke von Füßen erschienen auf beruhten Brettern und Tafeln, welche unter die Tischplatte gehalten wurden. Alle anderen Leistungen der „spirits“ aber übertraf folgende. Zöllner hielt eine auf beiden Innenseiten mit Rücksicht aufgezogene Doppeltafel auf seinem Schoße. Plötzlich fühlte er zweimal hintereinander, wie dieselbe niedergedrückt wurde, ohne daß, bei heller Beleuchtung, auch nur das geringste Sichtbare wahrgenommen worden wäre. Als die Tafel geöffnet wurde, fand sich im Innern auf der einen Seite der Abdruck eines rechten, auf der andern der eines linken Fusses und zwar derselben, von welchem man schon an früheren Abenden Abdrücke erhalten hatte. „Meine Leser mögen selbst beurtheilen,“ bemerkte Herr

Zöllner hierzu, in wie weit es uns nach solchen Thatsachen noch möglich ist, Herrn Slade für einen Betrüger oder Taschenspieler zu halten.“ Davon später. Für jetzt muß ich meine Leser und Leserinnen auf eine recht beläugenswerthe Thatsache aufmerksam machen. Es ist ein weitverbreiteter Glaube, daß wir als Geister von allen irdischen Gebreden, also auch von den Hühneraugen, dem Nebeneinanderliegen der Zehen u. s. w. frei sein würden. Wir haben uns zu früh gefreut. Der eine der abgedrückten, übrigens strumpfbeladenen Füße zeigte sich so verunstaltet, wie dies durch „starke Einschnürung“, also durch zu enges Schuhwerk, zu geschehen pflegt. Also auch drüben wird im befahenden Sinne aus, und die preußische Regierung erklärte sich auch bereit, demselben Folge zu geben, ist aber der Ansicht, daß aus dem Schiedsspruch für Preußen lediglich die Verpflichtung ergebe, den beiden anderen beteiligten Regierungen deren Interesse an der Befreiung der Eisenbahn-Gesellschaft von Kommunalabgaben zu vergüten. Dieser Ausstieg hat sich die weimarsche Regierung nicht anzutunken vermocht, sondern beantragt, die preußische Regierung wolle Fürsorge dahin treffen, daß der thüringische Eisenbahn-Gesellschaft die tatsächliche Befreiung von Kommunalabgaben nach Maßgabe des Schiedsspruchs für Vergangenheit und Zukunft gewährt werde. Eine weitere Erklärung auf diese Aeußerung ist bis jetzt nicht erfolgt, und die thüringische Eisenbahn wird fortlaufend und in immer größerer Ausdehnung zu Kommunal- und Kreisabgaben herangezogen. Die weimarsche Regierung hat daher jetzt eine weitere Beschlaffung des Bundesrats dahin beantragt, daß die preußische Regierung veranlaßt werde, 1) in Gemäßheit des Schiedsspruchs die thüringische Eisenbahn-Gesellschaft von jeder Kommunalabgabe mit alleiner Ausnahme der Grundsteuer und anderer dringlicher Lasten, soweit

Zöllner hierzu, in wie weit es uns nach solchen Thatsachen noch möglich ist, Herrn Slade für einen Betrüger oder Taschenspieler zu halten.“ Davon später. Für jetzt muß ich meine Leser und Leserinnen auf eine recht beläugenswerthe Thatsache aufmerksam machen. Es ist ein weitverbreiteter Glaube, daß wir als Geister von allen irdischen Gebreden, also auch von den Hühneraugen, dem Nebeneinanderliegen der Zehen u. s. w. frei sein würden. Wir haben uns zu früh gefreut. Der eine der abgedrückten, übrigens strumpfbeladenen Füße zeigte sich so verunstaltet, wie dies durch „starke Einschnürung“, also durch zu enges Schuhwerk, zu geschehen pflegt. Also auch drüben wird im befahenden Sinne aus, und die preußische Regierung erklärte sich auch bereit, demselben Folge zu geben, ist aber der Ansicht, daß aus dem Schiedsspruch für Preußen lediglich die Verpflichtung ergebe, den beiden anderen beteiligten Regierungen deren Interesse an der Befreiung der Eisenbahn-Gesellschaft von Kommunalabgaben zu vergüten. Dieser Ausstieg hat sich die weimarsche Regierung nicht anzutunken vermocht, sondern beantragt, die preußische Regierung wolle Fürsorge dahin treffen, daß der thüringische Eisenbahn-Gesellschaft die tatsächliche Befreiung von Kommunalabgaben nach Maßgabe des Schiedsspruchs für Vergangenheit und Zukunft gewährt werde. Eine weitere Erklärung auf diese Aeußerung ist bis jetzt nicht erfolgt, und die thüringische Eisenbahn wird fortlaufend und in immer größerer Ausdehnung zu Kommunal- und Kreisabgaben herangezogen. Die weimarsche Regierung hat daher jetzt eine weitere Beschlaffung des Bundesrats dahin beantragt, daß die preußische Regierung veranlaßt werde, 1) in Gemäßheit des Schiedsspruchs die thüringische Eisenbahn-Gesellschaft von jeder Kommunalabgabe mit alleiner Ausnahme der Grundsteuer und anderer dringlicher Lasten, soweit

Aber um Gottes Willen, Doktor, hören Sie auf! Wollen Sie uns Alle zu Spiritisten machen?“ Es ist eine wohlbekannte freundliche Stimme, welche ich so fragen höre. „Nein, meine Liebe“, antworte ich, „ich weiß, Sie und alle unsere Freunde werden ebenso wenig je Spiritisten, wie ich selbst es bin. Sie werden sich von dem letzteren bald überzeugen.“ Aber ehe ich dazu komme, vorzubringen, was sich gegen die Deutung jener

Aberglaube unter der Alegide der Wissenschaft.

II.

In der Wohnung Zöllners und in Gegenwart bald eines, bald mehrerer der genannten Gelehrten wurden in geschlossenen, an den Enden festgesiegelten Bindfäden plötzlich Knoten geschnürt. Zwei ringförmige Lederstreifen wurde auf dem Tische unter den darüber gehaltenen Händen Zöllner's festgliedartig ineinander gefügt. Auf neuen, von einem der Beobachter zusammengebundenen und versiegelten Tafeln, welche, mit einem geheimen Zeichen versehen, auf den Tisch gelegt waren, an dem experimentirt wurde, erschien ihnen eine Schrift. Aus einer verschlossenen Schachtel fiel Geld heraus, scheinbar durch den Boden durch, eine Schneckenmuschel fiel, scheinbar durch die Tischplatte hindurch, wobei sie sich so erhitzte, daß Zöllner und Weber sie kaum anfassen konnten. Während Weber, Scheibner, Zöllner und Slade einmal um den Tisch saßen und alle acht Hände auf demselben lagen, auch Slade's Beine für den zunächstfolgenden vollkommen sichtbar waren, begann plötzlich eine unter dem Tisch gestellte große Handschelle (Tischglocke) zu klingen und wurde hierauf horizontal auf dem Fußboden etwa 10 Fuß weit vor aller Augen heftig fortgeschoben. Eine Ziehharmonika, welche Slade vorher nie in Händen gehabt, fing, während er sie an dem tastenlosen Ende Allen sichtbar über den Tisch hielt, plötzlich zu spielen an, während zugleich die Glocke unter dem Tische heftig klingelte. Die Ziehharmonika wiederholte dann ihr Spiel, als sie Professor Scheibner in derselben Weise, wie vorher Slade, frei über den Tisch hielt. Nicht minder wunderbar erscheint folgender Vorgang. Zöllner hatte zwei je aus einem Stücke gedrechselte Holzringe gekauft. Diese Holzringe, sammt einem aus einem Darm geschnittenen Ring auf eine Darmfalte gereiht und dann die Enden der Darmfalte zusammengeknüpft und den Knoten versiegelt. Während Zöllner dann die beiden Hände fest auf das obere versiegelte Ende der Darmfalte hielt, erfolgte nach einiger Zeit ein wiederholtes Klappern und nun sahen die beiden Holzringe um den Fuß eines in der Nähe stehenden kleinen Tisches und zugleich enthielten.

solche nach der bestehenden Landesgesetzgebung von der Gesellschaft zu übernehmen sind, zu betreuen, und 2) dafür Sorge zu tragen, daß der thüringischen Eisenbahngesellschaft die an preußische Kommunen gezahlten Abgaben mit der unter 1 bezeichneten Ausnahme zurückgestattet werden. — Die „Börsen-Zeitung“ vom 4. d. bringt Mittheilungen über Vorarbeiten für einen Gesetzentwurf, betreffend die Pensionen für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten. Diese sollen im Reichsgericht soweit gefördert sein, daß der vorläufige Entwurf den übrigen Reichsämtern zur Kenntnahme habe mitgetheilt werden können. Am nächsten Montag — womit wohl der 5. Januar gemeint ist — hätten Kommissare der einzelnen Reichsverwaltungen zur Beratung der Vorarbeiten des Reichsgerichts zusammentreten sollen. Diese Mittheilung der „Börsen-Zeitung“, welche das Blatt nach manchen Richtungen noch zu vervollständigen weiß, entbehrt nicht alles Grundes. Die kommissarischen Verhandlungen haben indes am 5. Januar nicht begonnen, da noch der Eingang der Neuerungen wichtiger Verwaltungswege erwartet wird. — Die „Berliner Zeitung“ vom 4. d. meldet, es sei im Reichsgerichtsamt bereits die Revision des Genossenschaftsgesetzes in Angriff genommen. Diese Meldung ist unrichtig. Es liegt, wie ich erfahre, allerdings in der Absicht des Reichsgerichtsamtes, eine Revision des Genossenschaftsgesetzes vorzunehmen, und dabei wird die Frage zur Erwägung kommen müssen, ob und wie weit die Regresswege zwischen den einzelnen Genossenschaften näher zu präzisieren sind. Allein eine solche Revision wird nur im Anschluß an die beabsichtigte Revision des Aktiengesetzes erfolgen können und daher ein Abschluß der Vorarbeiten, geschweige denn eine Annahme der Revision selber in nächster Zeit kaum zu erwarten sein.

— Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: „Hiesige wie auswärtige Blätter beschäftigen sich seit einigen Tagen mehrfach mit einer angeblichen Aeußerung Sr. R. K. H. des Kronprinzen, welche höchstselbst in einer Sitzung des Vorstandes der Victoria-National-Invaliden-Stiftung in Bezug auf seinen Besuch der Synagoge anlässlich des zum Besten der nothleidenden Oberschüler stattfindenden Konzerts gehabt haben soll. Diese Nachricht ist zuerst von der „National-Zeitung“ gebracht und aus dieser auch unsererseits übernommen worden, hat sich seitdem aber, mehr oder minder ausgebauscht, in einer Reihe von Blättern wiedergefunden. Dem gegenüber schreibt die „National-Zeitung“ heute:

„Wie wir von durchaus zuverlässiger Seite erfahren, hat der Kronprinz zu Hause seiner Umgebung seine Bekanntmachung darüber ausgesprochen, daß die von ihm gewünschten, von der „National-Zeitung“ zuerst mitgetheilten Anschaufungen über die antisemitischen Betreibungen in korrekter Form an die Deponentie gelangt sind.“ Bekanntlich hatte der Kronprinz gelegentlich einer Sitzung der Victoria-Nationalen-Nationalstiftung zu dem Vizepräsidenten derselben, Geheimen Kommerzienrat Magnus, die Bemerkung gemacht, es sei ihm erwünscht, durch sein Erscheinen in dem Synagogenkonzert zu bestätigen, daß er sich den genannten Bestrebungen gegenüber unbedingt ablehnend verhalte.

Auch nach unseren Informationen entsprechen die damals mitgetheilten Neuerungen, wenn auch nicht dem Wortlaute, so doch dem Sinne nach am meisten deren thatshchlichem Inhalte.“ Das genügt vollständig.

— Das Befinden des bekanntlich an einer Verlezung der Knescheine erkrankten Prinzen Wilhelm hat sich soweit gebessert, daß derselbe, wie aus Potsdam berichtet wird, bereits am Sonntag wieder ausfahren konnte.

— [Die Kaiserin an Öster.] Der „S. C.“ erhält aus Berlin folgende Mittheilung: Nachdem nunmehr seit der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches die sämlichen preußischen Armeekorps, sowie das sächsische und württembergische Armeekorps ihr Kaiserhaupt gehabt und vor dem obersten Kriegsherrn in Parade gestanden haben, gedenkt man in den leitenden Kreisen die Kaiserhauptstadt nicht mehr alljährlich, sondern in höheren Zwischenräumen abzuhalten. In Folge dessen wird der Kaiser in diesem Herbst über das 10. Armeekorps (Hannover) nur die Parade abnehmen.

— Eine aus der Breslauer „Morgen-Zeitung“ in andere öffentliche Blätter übergegangene Korrespondenz spricht von Vorlesungen, welche innerhalb freikonservativer Kreise in Betreff

Phänomene als Geisterwirkungen sagen läßt, wollen wir doch sehen, wie eine gewisse Philosophie die neuen Offenbarungen zu verwerthen sucht.

Briefe aus und über Russland.

○ Petersburg, 4. Januar.

Nie wjeleno! nie pryskanoy!
(Es ist nicht angeordnet! nicht anbefohlen!)

Aus der Logik des russischen Bauern.

„Das Ansammeln ungeheurer Kapitalien und des größten Theils des unbeweglichen Eigenthums in wenigen Händen und die Armut, die Unsicherheit der Existenz, ja die größte Not, welche die ungeheure Mehrheit drückt, haben im westlichen Europa einen frankhaften Sozialismus erzeugt“, der (wie Koscheljew weiterhin sehr richtig sagt) nicht Sozialismus, sondern Antisozialismus genannt werden müßte, weil er eben die bestehende gesellschaftliche Ordnung umstürzen will. Indes hat Westeuropa bereits Schritte gethan, um die soziale Frage zu lösen. Allen anderen Völkern voran hat es Deutschland auch auf wissenschaftlichem Wege unternommen, die Mängel der bestehenden Gesellschaft aufzuklären und zu beseitigen, und wenn auch bis jetzt der Sozialismus noch nicht aus der Welt geschafft ist, so haben doch bereits seine Führer bedeutend an Einfluß verloren und werden, wenn sich die ökonomische Lage Westeuropas wieder besser gestaltet haben wird, ihn ganz einbüßen.

Anders ist es bei uns in Russland. Hier ist der Sozialismus in den Nihilismus ausgeartet; jedoch ist er nicht durch die wirklichen Bedürfnisse des russischen Volkes hervorgerufen worden. Der beste Beweis hierfür dürfte der Umstand sein, daß weder die unteren, noch die mittleren, am allerwenigsten aber die höheren Schichten der Gesellschaft mit ihm sympathisiren. Er wurde lediglich von der Leere des russischen Lebens erzeugt. Auch der Umstand, daß die russischen Nihilisten von der Nationalität nichts wissen wollen, ist ein Beweis dafür, daß er nicht in den Massen wurzelt, denen „das heilige Mutterland Russland“ über Alles geht.

Gewöhnlich behauptet man, Herzen und Bakunin, vorzüglich aber der Erste, sei der Vater des Nihilismus. Es ist dies ein

der bevorstehenden Präsidentenwahl im Reichstage stattgefunden haben sollten. Dieselben hätten nach der Angabe der Korrespondenz die Wahl Bennigsen's zum Präsidenten und eines Freikonservativen zum ersten Vizepräsidenten zum Gegenstande gehabt. Die „Post“ bemerkt hierzu: „Worauf diese Mittheilung beruht, ist uns unbekannt; in den uns nahestehenden Kreisen weiß man von derartigen Vorbesprechungen nichts, wie denn, soweit unsere Kenntnis reicht, die Präsidentenwahl im Reichstage bisher innerhalb der freikonservativen Partei überhaupt nicht erörtert worden ist.“

— Nachdem der neue deutsche Zolltarif nunmehr vollständig in Kraft getreten, ist es von Wichtigkeit, sich über die zoll- und handelspolitischen Verträge und Verhältnisse zwischen Deutschland und den europäischen Staaten klarheit zu verschaffen. Deutschland hat fest noch abgeschlossen: 1) mit Österreich-Ungarn einen Meistbegünstigungs-Vertrag (vom 16. Dezbr. 1878) gültig bis 30. Juni d. J., jedoch mit Ausschluß der Bestimmungen über Zollfreiheit der Rohstoffe, über Restauration bei Eisenbahn tarifen, über Beschlagnahme von Eisenbahn-FahrzeugsmitteL sowie über den Veredelungsverkehr, dessen Fortdauer beiderseits autonom geregelt wird; 2) mit England einen Meistbegünstigungsvertrag (vom 30. Mai 1865), ursprünglich geschlossen bis zum 30. Juni 1877, jedoch stillschweigend verlängert bis zum Ablauf eines Jahres nach erfolgter Kündigung; 3) mit Italien einen Meistbegünstigungsvertrag (vom 31. Dezember 1865), ursprünglich abgeschlossen bis zum 30. Juli 1875, jedoch nach und nach verlängert, zuletzt bis zum 31. Dezember 1880; 4) mit Frankreich einen unländlichen Meistbegünstigungsvertrag (Nr. 11 des Frankfurter Friedensvertrages vom 10. Mai 1871), welcher sich aber nur auf solche Begünstigungen erstreckt, die der eine oder der andere der vertragschließenden Theile an England, Belgien, die Niederlande, die Schweiz, Österreich-Ungarn, oder Russland bewilligt hat oder noch bewilligen sollte; 5) mit den Niederlanden einen Meistbegünstigungsvertrag (vom 31. Dezember 1851), ursprünglich abgeschlossen bis zum 1. Januar 1854, stillschweigend verlängert bis zum Ablauf eines Jahres nach erfolgter Kündigung; 6) mit Belgien einen Meistbegünstigungsvertrag (vom 22. Mai 1865) mit besonderen Tarifbestimmungen, ursprünglich abgeschlossen bis zum 30. Juni 1875, von Deutschland gekündigt zum 31. Dezember 1879, jedoch kürzlich mit Ausschluß der die Tarifbestimmungen enthaltenden Art. 7 und 8, bis zum 30. Juni 1880 verlängert; 7) mit der Schweiz einen Meistbegünstigungsvertrag (vom 13. Mai 1868) mit besonderen Bestimmungen über die Zollbefreiung einzelner Artikel, ursprünglich abgeschlossen bis zum 31. Dezember 1877, gekündigt zum 31. Dezember 1879, jedoch kürzlich verlängert bis zum 30. Juni 1880. Viele besondere Bestimmungen haben aber jetzt nur Werth für „Absätze von Salzstädtereien, die Mutterlauge“, da die übrigen Artikel im deutschen Zolltarif bereits zollfrei sind. Gemäß den vorstehend aufgeführten Handelsverträgen dürfen bis zum 30. Juni d. J. für die Durchfuhr von und nach allen betreffenden Staaten durch das deutsche Zollgebiet keine Zölle erhoben werden.

— Das Projekt einer Weltausstellung zu Berlin im Jahre 1885 kann, wie die „N. A. Z.“ konstatirt, Angesichts der entschiedenen Ablehnung Seitens der maßgebendsten Kreise nun wohl als definitiv gescheitert betrachtet werden.

— Das Gründungsfieber scheint wieder heranzuschleichen. Es ist dies betrübend, aber erklärlich; — betrübend, so wiederholt die „Magd. Ztg.“, weil durch dasselbe die Interessen des Privatkapitals voraussichtlich wieder leiden werden; erklärlich, weil diejenigen Bankiers, welche an der Grenze der Gründungsjahre und in der Krise mit den übernommenen, zur Überführung an die Börse fertig gestellten Gründerobjekten sitzen geblieben sind, die aufgeregte Börse zur Verwertung derselben voraussichtlich benutzen werden. Dazu kommt, daß die Schutzzölle die Spekulation ermuthigen. Wir haben dies oft genug vorausgesagt. An der berliner Börse hat man bereits die Course vieler Industrieaktien, welche seit vielen Jahren dieominöse Null als Dividendenertrag verzeichnen, in die Höhe getrieben und versucht sie in Privathände überzuspielen. Die Presse begrüßt sicherlich jedes Zeichen der Hebung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mit Freuden, aber sie hat auch die Pflicht, auf alle ungesunden Erscheinungen hinzuwissen, und es wäre sehr wünschenswerth, daß sie Posto fäst und neuen faulen Industrie-

Aktien nach Kräften die Überführung an die Börse verlegt. Grade weil das kleine Kapital anfängt, sich zu erhöhen, weil an vielen Orten bessere Arbeitsgelegenheit sich findet und wieder Ersparnisse gemacht werden, muß verhindert werden, daß die kleinen Überschüsse redlichen Volkssleisches in die Taschen der Spelanten rinnen, welche die Zeit für günstig halten, um mit neuen Gründungen hervorzutreten. Wird das Geld schon bei Beginn einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der kleinen, aber sicher rentirenden Produktion den bestehenden Erwerbszweigen entzogen, so wird der bestehende Aufschwung sofort erlahmen. Die Mittel, um das kleine Kapital auf das Eis zu locken, werden wieder dieselben sein. Man wird den Anbruch einer neuen Zeit preisen und in glänzenden Prospekten hohe Dividenden empfehlen, aber wir hoffen, daß die bitteren Lehren, welche der Krach ertheilt hat, nicht vergessen sind, und daß man sich erinnert wird, daß Versprechen und Halten zweierlei ist. Um Bedauerlichsten aber wäre es, wenn sich das kleine Kapital in der Hoffnung einer raschen Gewinnstrahme an neuen Spekulationen betheilige, denn die Erfahrung lehrt, daß es sich lieblich stets führt bleibt. Für die Börse genügt ein Tag, eine Stunde, um sich völlig des Besitzes an einer Gründung zu entäußern; der Privatbesitz aber in kleinen Städten und auf dem Lande kommt dann „einen Posttag“ zu spät. Die Börse ist dann im besten Falle mitleidig genug, die entwerteten Aktien wieder zu nehmen zu einem neuen, späteren Spiel, und denkt mit dem Possendichter: „Ja, was ein echter Gimpel ist, geht zwei Mal auf den Leim!“

— In einer kürzlich bei der königlichen Ostbahn abgehaltenen Submission auf Schienen scheinen die Eisenzölle bereits ziemlich deutlich zum Ausdruck gekommen zu sein. Die niedrigste Offerte wurde vom Hörder Bergwerks- und Hüttenverein mit 178,5 Mark pro Tonne franko Berlin gestellt; die übrigen Angebote bewegen sich zwischen 180 und 195 Mark. Die Preise sind durchschnittlich volle 20 Mark höher als bei den letzten Submissionen.

— Ein Erlass des Arbeitsministers vom 26. v. Mts. genehmigt nunmehr die Aufrechterhaltung der nicht normal gebildeten Eisenbahnfrachten für Getreidefrachten von den östlichen galizischen und rumänischen Stationen nach den deutschen Seehäfen bis zum 1. April d. J. für den Transitverkehr durch Deutschland. Bisher wurde diese Genehmigung verweigert. Es scheint, als wenn die Verhandlungen des Reichsanzlers mit Österreich über die Regelung der Zollverhältnisse den Anstoß zur Aenderung der Politik des Arbeitsministers gegeben haben. An sich sind die Interessenten, wie wir hören, mit dem Inhalt des Erlasses durchaus einverstanden; man wundert sich nur, wie die Eisenbahntarife, deren Stabilität die neue Politik inauguriert soll, von zufälligen Schwankungen der Zollverhandlungen abhängig gemacht werden, die mit den Tarifen nichts zu thun haben. Wenn wirklich die von der Regierung betonte und wiederholt in Aussicht gestellte Klärung in dem Eisenbahntarifwesen dauernd eintreten soll, so kann dies, wie allseitig anerkannt wird, nur auf dem Wege der rechtsgerichtlichen Regelung der Eisenbahntarife erfolgen. Obwohl nun Jahre lang die Faktoren des Reiches mit dieser großen Maßregel sich beschäftigt haben und ein Entwurf seit langer Zeit vorliegt, so hört man zur Zeit doch nicht in irgend zuverlässiger Weise, daß dem Reichstage in der nächsten Session Vorlagen gemacht werden sollen. Ebenso steht die Sache mit dem Reichseisenbahngesetz. Wir hören, daß für den bevorstehenden Reichstag Anfragen über die Lage der Dinge an die Reichsregierung ventiliert werden, welche deren Stellung zu jenen Projekten und Entwürfen endlich klarlegen sollen. Die Handelswelt und die Industriellen wollen in den Eisenbahnfragen schließlich zur Ruhe kommen und mönschen zu wissen, auf welche

trächtig sei. Ein Hagel von Gesetzen nach dem andern fällt aufs Land, eins steht mit dem andern entweder in gar keinem oder in einem sehr losen Zusammenhange und alle sollen für ein Reich sein, innerhalb dessen Grenzen alle Kulturstufen, von der Steinperiode bis zur Kultur des 19. Jahrhunderts, alle Klimas, vom Polar bis fast zum tropischen Klima vertreten sind! Eine Folge hiervon ist, daß die meisten Gesetze nicht ausführbar sind, oder nur in gewissen Gegenden ausgeführt werden und dies kann durchaus nicht Achtung fürs Gesetz gebären. Dabei werden Lemter und Würden nicht eben nach Fähigkeit und Würdigkeit ertheilt. Es herrscht in dieser Beziehung Repotismus und Bestechlichkeit, wie sie krasser in der Türkei nicht herrschen, und man kann für Geld oder sonstige Mittel eine Stelle in der Verwaltung, ja sogar an wissenschaftlichen Institutionen erhalten, für die man nicht die geringsten Vorkenntnisse hat. Hierzu kommt noch die monströse Finanzwirtschaft, die frechen Kassendiebstähle und Unterschlagungen, wie sie ärger auch in der Türkei nicht denkbar sind.

Auf diese unerquicklichen Verhältnisse bauen die Nihilisten. Wenn sich an ihrer Seite ein Mann mit einem organisatorischen Talente befände, der nicht blos umzustürzen, zu vernichten, zu morden und in die Luft zu sprengen, sondern auch zu bauen, zu beleben, zu sammeln verstände, so würde es ihm vielleicht gelingen, eine hinreichende Anzahl einflussreicher Männer um sich zu sammeln und mit ihrer Hilfe, nicht den Thron und die Dynastie, wohl aber das System zu stürzen. Doch es befindet sich unter den Nihilisten kein solcher Mann. Unreife Studenten und Gymnasiasten, Unterleutnants und hin und wieder ein Subalternbeamter — einige Frauenzimmer höchst zweidimensionalen Rufes — dies unsere Nihilisten, gegenüber denen die edleren Malcontents sich zurückhaltend verhalten, denn diese wollen organisch entwickeln, einen bescheidenen Einfluß auf die Gesetzgebung, eine Kontrolle des Volkes über den Staatshaushalt und wirklichen Schutz gegen die Übergriffe der Polizei. Wahrlich eine sehr bescheidene Forderung, — die man nicht einmal in hiesigen Blättern veröffentlichen darf! Um diese bescheidenen Wünsche auszusprechen, muß man sich, wie Koscheljew, nach Berlin geben, sie dort niederschreiben und drucken.

Man sollte glauben, daß diejenigen, die es sich zur Aufgabe

Tarifpolitik sie sich einzurichten haben. Eine Anregung hierzu wird an einflussreichen Stellen vorbereitet und ist auch durch die veränderte Lage des Eisenbahnwesens in Deutschland geboten.

— Nach Mittheilungen des Vorsitzenden des Bundesraths wird die kürzlich an dieser Stelle gemachte Mittheilung, wonach ein Gesetz über Erhöhung der Bräuteuer und der Börse seuer vorgelegt werden soll, sich schon in nächster Zeit bestätigen. Dagegen verlautet amtlich nicht Näheres über weitere Steuerprojekte. Es scheint, daß die unbestreitbar nach dieser Richtung hin im Gange befindlichen Vorarbeiten der endgültigen Entscheidung des Fürsten Bismarck noch unterbreitet werden sollen. Von einem Zurückgreifen auf den vorjährigen Entwurf über die Regelung der Eisenbahntarife ist bis jetzt noch gar nicht die Rede.

— Der Verein für das Notariat in Nhempreußen hat an den Reichstag und neuerdings an den Reichskanzler eine Petition gerichtet, in welcher um Aufhebung des § 36 der Gewerbe-Ordnung, soweit darin der Gewerbebetrieb der Auktionsatoren freigegeben ist, beantragt wird. Zur Begründung dieses Antrages wird angeführt, daß das gewerbsmäßige Versteigern fast ausnahmslos in die Hände der Geschäftsagenten oder Kommissionäre übergegangen sei, welche vielfach bei dem geschäftsfunkdigen Publikum die Meinung zu verbreiten suchten, als seien sie Beamte, und zwar dadurch, daß sie ihre Schriftstücke in einer amtlichen Protokollen möglichst gleichförmigen Form ausstellen und mit einem nach Art der Amtssiegel gestalteten Siegel ausstatteten. Da die Auktionsatoren dem Publikum Schriftstücke ohne öffentlichen Glauben, ja, meistens ohne den Charakter eines Privatvertrages lieferen, so entstehe namentlich in Bezug auf den Grundbesitz eine Rechtsunsicherheit, welche zu zahlreichen Prozessen und Verlusten führe. Vielfach seien die Auktionsatoren bei den von ihnen geleiteten Versteigerungen als Bieter beteiligt; bei Grundstücksversteigerungen seien sie außer Stande, Eigentums- und Schuldenverhältnisse zu prüfen; die von ihnen gemachten Aufzeichnungen gingen verloren oder würden auch wohl absichtlich beseitigt. Dabei berechneten sie dem Publikum unverhältnismäßig hohe Gebühren, welche die Gebührensätze der Beamten oft um das doppelte und dreifache überstiegen. Die Konkurrenz mit diesen Geschäftsmännern gefährde die Stellung und das Ansehen der Person und sei auf die Dauer nicht aufrecht zu halten, weil die Auktionsatoren in übergrößer Zahl sich hervordrängten, an keinen Bezirk gebunden, überall agiren dürfen und, durch keine Rücksichten beschränkt, in jeder Weise die Geschäfte an sich zögern. — In Anlaß dieser Petition sollen die königlichen Regierungen und Landdrosteien nach einem Erlass des Ministers des Innern und für Handel und Gewerbe sich darüber äußern, ob in ihren Bezirken in der That diese und welche andere Unbillstände aus der zur Zeit bestehenden Freiheit des Auktionsgewerbes hervorgegangen seien, und was zu geschehen haben würde, um denselben abzuheben. Daneben wünschen die Minister über diejenigen Bestimmungen Auskunft zu erhalten, welche in dem Erlass der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 in den betreffenden Bezirken für das Gewerbe der Auktionsatoren in Geltung gewesen sind.

— Die Altersrenten- und Kapitalversicherung der „Kaisers-Wilhelms-Spende“, welche nach dem vor Kurzem veröffentlichten Geschäftsplane am 15. Dezember v. J. eröffnet wurde, hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon eine bemerkenswerthe Betheiligung gefunden. Es sind bereits nahezu 30 Urkunden ausgefertigt und über 600 Einlagen à 5 M. gemacht worden. Das Institut wird ohne Buzierung von Agenten arbeiten und nur neben der Centralstelle auch Nebenstellen errichten, welche den Verkehr mit dem Publikum in der Provinz und den Bundesstaaten bewirken. Als solche Nebenstellen sind in Aussicht genommen Stadt- und Sparkassen, Landratsämter, kommunalständische Kassen, Eisenbahnverwaltungen, Großindustrielle u. A. Die Anfragen, welche an die betreffenden Stellen dieserhalb gerichtet worden sind, haben, soweit bisher Antworten eingegangen sind, allenthalben eine sehr entgegenkommende Aufnahme gefunden. Die Befugniß zur Errichtung von Annahmestellen, sowie zur Bestellung von Vertrauenspersonen als Bezirksdirektoren steht jedoch ausschließlich dem Auffichtsrath zu; derselbe wird in etwa 14 Tagen Sitzung halten, und die Veröffentlichung der Annahmestellen bald darauf erfolgen. Der Auffichtsrath besteht bekanntlich

aus einem vom Kronprinzen als Protektor zu ernennenden Präsidenten und zehn Mitgliedern. Von diesen letzteren ernennt die preußische Staatsregierung zwei, die Landesregierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar und Oldenburg je eins. Die gegenwärtigen Mitglieder sind Präsident Wirklicher Geheimer Rath Schuhmann, Unterstaatssekretär Dr. Jacobi, Geheimer Ober-Regierungsrath Dr. Forch, bairischer Ober-Regierungsrath Freiherr von Racsfeldt, sächsischer Major von der Planitz, württembergischer Gesandter Freiherr von Spizemberg, badischer Ministerialrath Wielandt, hessischer Gesandter Dr. Neidhardt, mecklenburgischer Gesandter von Prolius, weimarer Staatsrath Dr. Schomburg und oldenburgischer Ober-Regierungsrath Barnstedt.

— Die Vorlage betreffend die Maßregeln gegen den oberpfälzischen Nothstand ist, wie man hört, soweit vollendet, daß das Abgeordnetenhaus unmittelbar nach seinem Zusammentritt im Besitz derselben sein wird.

Österreich.

Wien. 5. Januar. [Die czechischen Forderungen.] Von Seiten des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Taaffe ist an sämtliche Ressortministerien eine Einladung ergangen, Delegierte zu einer gemeinsamen Kommission zu entsenden, welche unter Vorsitz des Ministers Dr. Prazak die einzelnen Punkte des czechischen Memorandums einer Prüfung unterziehen sollen. Über die Chancen, welche die czechischen Forderungen haben, äußert sich die offiziöse „Montags-Revue“:

„In welchen Punkten eine gänzliche oder theilweise Willkür und in welchen eine Abweisung geschehen wird, läßt sich vorerst natürlich noch nicht erkennen. So viel steht aber fest, daß die Erledigung keine einheitliche, sondern in jenen verschiedenen Formen erfolgen dürfte, welche die Regierung als die geeigneten erachtet, so daß einzelne Punkte in einer Verordnung, andere im Budget, wieder andere in einer Gesetzesvorlage ihren Platz finden werden. Maßgebender bei allen Entscheidungen der Regierung wird der Gesichtspunkt sein, nichts zu gewähren, was gegen den Geist der Verfassung und die Einheitlichkeit und Präzision der Verwaltung gerichtet ist.“

Frankreich.

Paris. 4. Januar. Die Politik lebt noch immer unter dem Eindruck, den die Neujahrs-Begüßung gebracht haben. Die hervorragende Stellung, welche bei dieser Gelegenheit der Botschafter des deutschen Reiches einnahm, der Nachdruck, den er selbst auf seine Worte legte, und die von den anderen darauf gelegt ward, werden nicht so bald sich verwischen; denn nach dem Kongresse von Berlin ist nicht leicht ein anderes Ereigniß innerhalb der Geschichte der letzten Jahre zu finden, bei dem sich die Stellung Deutschlands im europäischen Staatenbunde so bekundet hätte, wie am 1. Januar 1880. Und die Überzeugung von der Bedeutamkeit dieser Stellung beherrschte alle, welche bei diesem sonst ziemlich gleichgültigen Acte zugegen waren; ich erwähne vor Allem den rücksichtslosen Gebrauch der deutschen Sprache unter den Vertretern der Mächte; Deutsche, Russen, Österreicher, Holländer, Dänen und wer auch immer mit derselben bekannt war, legten sich nicht den geringsten Zwang auf, und das „teutonische Idiom“ sprang von einer Gruppe zur andern. Fürst Hohenlohe, dessen Stimme sich gewöhnlich bei derartigen Anlässen auf dem Niveau des Gesprächstons hielt, erhob sie merklich, so daß es den umstehenden Botschaftern der übrigen Mächte deutlich und vernehmlich zu Ohren drang, wie das deutsche Reich die Bande der Freundschaft in Zukunft gewahrt wissen wolle; und dem entsprechend legten die Interpreten der Republik, Grévy und Freycinet, auch ihrerseits in ihre Antwort den Ton der Herzlichkeit, dessen Abweinenheit bis jetzt stets den Meinungs-

Petersburg, im Dezember. [Ein seltsamer Mord] wurde vor einigen Tagen in Saratow vollbracht. Am 1. d. M. erschien daselbst im Bureau des Polizeimeisters eine sehr anständig gekleidete junge Dame, welche erklärte, sie habe einen Mord begangen. Beim Verhöre stellte es sich heraus, daß sie die allgemein geachtete Gebannte P. sei. Sie wohnte mit der Frau des Kollegens Registrators Wera Scherebow zusammen und war, wie es sich herausstellte, die intime Freundin derselben. Nach der Ursache des vollbrachten Verbrechens gefragt, erklärte die P., sie habe mit der Ermordeten stets in inniger Freundschaft gelebt. Die Scherebow habe sich in sehr großer Not befunden, und es blieb ihr nur übrig, sich der Prostitution hinzugeben oder Hungers zu sterben. Beide Frauen gingen sogar zusammen aus, um das Messer zu kaufen, mit dem der Mord vollbracht werden sollte, und welches die Selbststänklagerin dem Polizeimeister vorlegte. Die durchbare Selbststänklage führt selbstverständlich zu der Annahme, daß die P. sich nicht in normalem physischen Zustande befindet. Hierauf weist auch der Umstand hin, daß sie vor nicht langer Zeit einen Selbstmord versucht. Eine weitere Vernehmung von Zeugen ergab, daß die beiden Freundinnen noch zwei Stunden vor der Katastrophe mit einander in größter Harmonie Tee getrunken haben. Hierauf legte sich die Scherebow ins Bett und begann mit der P. die bereits öfters ventilierte Unterhaltung über ihre Ermordung. Die Scherebow fragt ihre Freundin: „Kannst Du mich ermorden?“ — „Warum denn nicht, meine Hand würde nicht zittern!“ — antwortete die P. mit grossem Selbstvertrauen. Dies war der Anfang und der Schluss der Tragödie. Die aufgeregte P. nahm das Messer, trat an die Scherebow heran und fragt: „Wirst Du nicht schreien?“ — „Schneide zu!“ war die Antwort und — in demselben Augenblicke traf sie der Stahl in's Herz. Es scheint, daß auch die P. sich ermorden wollte, daß sie jedoch im letzten Augenblicke der Muth verlassen hat.

* Zur Glasindustrie. Der in England gegenwärtig gemachte Versuch mit „gläsernen Brücken“, über die eine Notiz jetzt durch die gesammte deutsche Presse ging, ist von nicht geringem Interesse. Eine Richtigstellung der Thatsachen ist erwünscht, da das Wort „Brücke“ auf einem Ueberzeugungsfehler beruht und eigentlich „Schwelle“ heißen sollte. Der Erfinder jener Glaspräparation für England, Friedrich Siemens, der Besitzer der Dresdener Glassfabrik, äußert sich über die Sache wie folgt: Es sind im Laufe des Septembers (1879) bereits verschiedene Notizen in der „Times“, „Daily News“, „Engineering“ etc. erschienen, welche sich auf Hartglasbrücken für Tramways, nach meinem neuen Verfahren hergestellt, beziehen. Dieselben wurden auf meiner hiesigen Dresdener Glassfabrik angefertigt und im August zum Zwecke eines praktischen Versuches auf einem Stück der North-Metropolitan-Tramway-Linie, High-Street, Stratford

austausch der beiden Mächte gekennzeichnet hatte. Die Regierung hat betreffs Berlins die feste Überzeugung gewonnen, daß Bismarck eben so wie die übrigen Mächte keinen Augenblick zögern wird, mit jeder anständigen französischen Regierung in Verbindung zu treten, wenn diese der Ausdruck des Volkswillens ist. Wenn daher im Laufe der Entwicklung die Axe der Mehrheit sich noch weiter nach links schieben sollte, so wird die deutsche Regierung zwar nichts thun, um diese Bewegung, wenn sie auch noch so natürlich sein sollte, zu bekleinigen, aber sie wird sich auch nicht sträuben, mit einem Kabinett Gambetta in Verbindung zu treten, wenn sie dort die internationalen Garantien gewahrt sieht. Dieser Überzeugung entspringt zum Theil die Kandidatur Challe in el-Lacour's für Berlin an Stelle St. Vallier's. Sie wird in hiesigen republikanischen Kreisen immer noch aufrecht erhalten, jedoch scheint sie äußerlich an Boden zu verlieren. jedenfalls ist an die Thatsache zu erinnern, daß Challe in el-Lacour vor ungefähr drei Vierteljahren, ehe er nach Bern auf seinen Posten abreiste, vom Fürsten Hohenlohe zum Diner eingeladen wurde, und daß er bei dieser Gelegenheit durch die Feindseligkeit seines Benehmens und das Interesse seiner geistreichen Unterhaltung sich die Sympathie aller Anwesenden erwarb.

Großbritannien und Irland.

[Die Wirren in Irland.] Von der irlandischen „Land-Agitation“ gegen die englische Herrschaft ist es in letzter Zeit zwar etwas stiller geworden, aber daß die Angelegenheit nicht eingeschlafen ist, das beweisen die jüngsten Nachrichten aus Amerika. Die Hauptkraft der irischen Agitation wurzelt mit in Amerika, wo Millionen ausgewanderter Iren leben, die sich in ihrem alten Haße gegen England verbunden fühlen. Just sind die Hauptagitatoren Irlands, die jüngst noch wegen Hochverrat vor britischen Gerichten standen, nach Amerika gereist, um dort die Agitation zu Gunsten Irlands zu organisieren. Das britische Parlaments-Mitglied Mr. Parnell und Mr. Dillon trafen am 2. d. M. mit dem Cunard-Dampfer Scythia in Newyork ein. An der Zollstation wurden sie von einer ungeheuren Deputation der Stadt Newyork und einer Delegation aus Chicago empfangen, welche die Gäste im Namen des amerikanischen Nordwestens zu bewillkommen erschienen waren. In seiner Erwiderung auf die an ihn gerichteten Worte des Willkommens ertheilte Mr. Parnell Bericht über den in Irland herrschenden Nothstand und klage die britische Regierung der Saumseligkeit in der Hülfeleistung an; er fügte hinzu, daß er große Resultate von seiner Mission nach den Vereinigten Staaten erhoffe. Mr. Dillon bemerkte, daß während der kommenden vier oder fünf Monate elliche 250,000 Leute in Irland der Nahrung entbehren würden, und daß Amerika nicht im Stande sein würde, die genügenden Fonds aufzutreiben, um so große Bedürfnisse zu befriedigen. Der Hauptzweck ihres Besuches sei die Erlangung der Sympathie und Unterstützung der öffentlichen Meinung in Amerika und der nötigen Fonds, um für eine Aktion der Regierung agitiren zu können, welche die augenblickliche Noth lindern und dem System ein Ende bereiten würde, welches diese Noth herbeigeführt habe. Die „Land-Liga“ werden rationell vertheilen, was amerikanische Freigebigkeit vorstrecken werde. Eine Menschenmenge hatte sich angesammelt, um die Ankunft der Gäste, welche bei ihrem Landen mit großem Jubel begrüßt wurden, mit anzusehen. In Illinois haben bereits die Sammlungen für Irland mit großem Erfolg begonnen. Für die britische Regierung erwähnt durch diese in Amerika entfachte Agitation eine doppelte Kalamität. Erstens wird dadurch die heimische Agitation in Irland neu gekräftigt, zweitens aber muß die britische Regierung darauf bedacht sein, in Canada Vorfüchtmazregeln zu treffen, denn es wäre nicht das erste Mal, daß sich

in London gelegt und der Benutzung übergeben. Der Pferdebahnverkehr in obiger Straße ist sehr lebhaft, außerdem haben beinahe täglich Straßenlokomotiven, mit mehreren Lastwagen bis 300 Zentner Ladung hinter sich, daß mit Glasschwellen gelegte Gleise rechtsweisig überfahren, ohne daß den Schwellen irgend ein Schaden zugefügt worden wäre. Das mit Glasschwellen gelegte Gleis hat bis heute in jeder Beziehung, namentlich rücksichtlich seiner Festigkeit und Elastizität, den zu stellenden Anforderungen entsprochen und die gehegten Erwartungen vollkommen erfüllt. Die Hartglaschwellen sind Langschwellen (Long-Sleepers), auf denen die eigentliche Eisen- resp. Stahlspur reitet, indem sie den Kopf der Schwalbe umspannt. Die Glasschwellen sind 925 mm. lang, 150 mm. hoch und 90 mm. breit. Der Stoß der Schwellen ist wiederum auf Hartglasplatten gelagert, von 30 mm. Dicke, 270 mm. Länge und 135 mm. Breite. (Die Befestigung der Schienen auf den Glasschwellen erfolgt durch die die Schwalbe umspannenden Schraubzwingen.) Die zunächst mit nach meinem neuen Verfahren hergestellten Glasplatten vorgenommenen Festigkeitsversuche ergaben derartig günstige Resultate, daß dieselben zur Herstellung der Pferdebahnenschwellen ermutigten. Die Versuche wurden von den Herren Kirkaldy und Henderson in London ausgeführt und zwar mit quadratischen Hartglasplatten von 240 mm. Seitenlänge und 30 mm. Dicke, aus Glas, wie ich dasselbe zur Herstellung von Kläischen benutze. Die Platten wurden auf eine 250 mm. hohe Kiesunterlage gebracht, ein Stück Eisenbahnschiene darüber gelegt und zwischen Eisen und Glas eine 3 mm. dicke Polyschicht eingeschalten. Auf den Kopf der Schiene ließ man ein Gewicht von 450 kg. (9 Ztr.) frei fallen, und zwar von 1 m. angefangen von halbem zu halbem Meter. Die Hartglasplatte hielt den freien Fall des Gewichtes von 6 m. Höhe aus, ohne zu zerbrechen, während bei letzterer Fallhöhe die aufgelegte Schiene aus Eisen zerbrach. Eine quadratische Gußeisenplatte von 240 mm. Seitenlänge zerbrach unter gleichen Verhältnissen schon bei einer Fallhöhe von nur 3 m., bei einer Dicke von 13 mm. Mittheilungen über die Methode der Herstellung derartiger Glaskörper zu geben, ist mir vor der Hand noch nicht möglich, der ausländischen Patente wegen. Ich bemerke nur, daß der Herstellungsvorgang dieser Hartglasgegenstände auf vollkommen andere Prinzipien beruht, als mein Preßhartverfahren und als der de la Baffie'sche Härtungsprozeß, der mit schwier und irregulär geformten Glaskörpern gar nicht ausgeführt werden kann. Was den praktischen Werth der Verwendung von Hartglas für obige oder ähnliche Zwecke anlangt, so erscheint dieselbe für den Augenblick führ, allein die Resultate, die mit den bis jetzt immerhin noch unvollkommenen Hilfsmitteln erzielt wurden, berechtigen zu den besten Hoffnungen.

gestellt haben, das russische Volk zu beglücken, dieses Volk und seine Lebensanschauungen auch genau kennen müssen. Und doch zeigt es sich auf Schritt und Tritt, daß die Nihilisten das Volk ebensowenig wie sich selbst kennen. Das russische Volk — ich meine hier den Bauer und den gewöhnlichen Bürger, die Masse der Städtebewohner, — kann sich ein Russland ohne „Impator“ gar nicht vorstellen. Es haftet die Beamten, groß und klein, und schiebt die Schuld alles Unrechtes, das ihm geschieht, aller Unbel, die ihm widerfahren, lediglich ihnen zu. Doch wenn es nothwendig ist, die Initiative zu ergreifen, steht es ratlos da und schaut sich nach dem Beamten um, der im Namen des „Imperators“ zu ihm spricht. Selbst in gleichgültigen Sachen, wie z. B. die Reparatur eines Weges, hört man in den Gemeindeversammlungen häufig: „Nie wjeleno, nie prikasano!“ (es ist nicht angeordnet, nicht angebefohlen z. vom Kaiser oder den höchsten Behörden) und wartet ruhig, bis dieser Befehl gegeben wird. Das russische Volk wird sicher auch, — entgegen den Wünschen der Nihilisten — warten — bis der Kaiser den Befehl ertheilen wird, eine Revolution zu machen! Die Verhandlungen gegen die Nihilisten in Kiew im verflossenen Sommer beweisen hingänlich die Richtigkeit dieser Schilderung des russischen Volkes.

Dieser Charakter des russischen Volkes müßte der Regierung ein Fingerzeig für ihr Verfahren sein; sie müßte sich aufzufassen, um es von den politischen Parasiten zu befreien, die beschiedener Forderungen der gemäßigten Patrioten zu erfüllen und diese verlangen nur: Sicherung der persönlichen Freiheit gegen Übergriffe der Polizei; wirkliche autonome Verwaltung der Gemeinde, des Kreises und Gouvernements, die Freiheit, öffentlich die Bedürfnisse zu besprechen und das Recht, an der Berathung des Staatshaushaltes, einschließlich der Kontrolle der Ausgaben, mit einem Worte, die Rechte, welche jeder Bürger der übrigen zivilisierten Staaten Europas besitzt.

Wie kühne Verbrecher mit dem Gesetze umspringen, ihm ungestraft Hohn sprechen, werde ich später zeigen.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 7. Januar

r. Regierungs-Präsident Wegner reiste am Montage nach Krotschin, um dort den neu gewählten Bürgermeister, Apotheker Sartori in sein Amt einzuführen.

r. Ein neuer Verein. Am Montage fand im Rubenke'schen Lola auf der Friedrichsstraße eine Versammlung zur Konstituirung eines Vereins zum Sammeln von Zigarettenstücken statt. Es wurde beschlossen, in der nächsten Woche über das Statut zu berathen und den Vorstand zu wählen.

r. Dekan Rzezniewski aus Jarocin, welcher bekanntlich den staatstreuen Propst Kubeczak mit allem erforderlichen Ceremoniell (Zerbrechen einer brennenden Kerze und Niederschleudern derselben zur Erde) exkommunizirt hatte und deswegen zu Gefängnißstrafe verurtheilt, jedoch flüchtig geworden war, wird gegenwärtig aufs Neue steckbrieflich verfolgt. Wie polnische Zeitungen mitgetheilt haben, hält sich derselbe gegenwärtig in Galizien auf.

r. Minus-Zituation. Zur Vergabeung der Reparaturarbeiten an dem Pfarrwohnhaus zu Komornik (Kr. Posen) in Gesamthöhe von 2467 M. (infl. des Werthes der Hand- und Spanndienste im Wege der Minus-Zitation findet am 16. d. M. auf dem hiesigen Landratsamte, wo der Kostenanschlag und die Bedingungen zu eingesehen werden können, ein Termin statt,

r. Besitzveränderung. Das Grundstück Bergstraße 8, bisher der Wittwe Hoffmann gehörig, ist für 84,000 M. von Dr. Lebinski angekauft worden.

r. Mit der Eisabfuhr waren während der letzten Tage andauernd über 30 städtische Fuhrmen beschäftigt. Theils in Folge der anhaltenden Abfuhr, theils in Folge des Thaumeters sind jetzt die Straßen und Plätze der Stadt herzlich ziemlich eisfrei.

t. Schwerenz, 6. Januar. [Landwirtschaftliches.] Der hier erst neuerdings in's Leben getretene Landwirtschaftliche Künstler-Verein zeigt eine rege Beteiligung und Thätigkeit und gibt so die beste Hoffnung auf eine gedeihliche Entwicklung. Heute hielt derselbe einen Vereinstag im Goerlitz'schen Lokale ab, welcher recht zahlreich von den Vereinsmitgliedern und Gästen besucht war. Auch Herr Wanderlehrer Pfücker-Posen war in Folge ergangener Einladung auf demselben erschienen und hielt einen Vortrag über „Aufgabe und Nutzen der landwirtschaftlichen Vereine.“ Beichlossen wurde: Alljährlich mindestens 6 Vereinsversammlungen, und zwar in den Monaten von November bis Mai, abzuhalten. Auch soll ein Fragekasten beschafft und im Vereinslokal angebracht werden. Aufgenommen wurden 4 neue Mitglieder und zählt demnach der Verein gegenwärtig 30 Mitglieder.

? Wongrowitz, 6. Januar. [B e r g n ü g u n g e n .] Die Vergnügungen, welche hier das Jahr über stattfinden, sind nur sporadisch und auch dann nur für ziemlich enge Kreise bestimmt. Die Unterbrechung der daraus resultirenden Monotonie bleibt daher den Konzerten, welche ein durchreisender Virtuose, der nicht immer ein solcher ist, oder eine auf Kunstreisen begriffene Kapelle, die sich zumeist auf keinem Konseratorium gebildet, vorbehalten, nicht zu vergessen die Schauspielertruppen, die ab und zu im Städtchen ihren Kunstmtempel ausschlagen. Leistere bereiten freilich oft derartige Genüsse, daß man die urwüchsigen Verdauungsorgane eines in Dingen des Geschmacks durchaus nicht verwöhnten Kleinstädters besitzen muß, um sie dabei wohl zu fühlen. Im Allgemeinen „ruhig in dem gleichen Gleirrollt des Tages sicherer Wagen“, heute aber, am Tage der „Heiligen drei Könige“, rollen die Karosseen polnischer Besitzer durch die belebten Straßen und führen aus allen Richtungen Gäste zum Balle nach dem Ziemer'schen Etablissement. Der zur Arrangirung und Leitung gebildete Ausschuß, der im „Dziennik Poznański“ Einladungen, v. Małczynski und v. Potworowski unterzeichnet, erlassen hat, sieht seine Pflichterfüllung durch die regste Beteiligung von Seiten der in der Bammeile der Stadt angesehnen Besitzer gekrönt. Es wird hier eine Pracht entfaltet, namentlich was die Toiletten der Damen anbetrifft, daß die liebe Neugier nicht nur befriedigt worden, sondern jedes außerwöhlige Auge an dem Anblitze sich weiden kann. Der zweite Balltag am Mittwoch findet seinen Beschlüß in einem sonnigen Frühstück am Donnerstag Vormittag.

2 Lissa, 6. Januar. [Goldene Hochzeitsfeier. Vorstandssitzung des Vaterländischen Frauenvereins Kirchliche Wahlen.] Der pensionirte Postunterbeamte Scheurie feiert heute mit seiner Gattin das Fest der goldenen Hochzeit. Das Paar ist noch recht rüstig und sieht man besonders dem Jubelräntigen seine 79 Jahre nicht an, wenigstens scheinen sie ihm bei seiner Rüstigkeit wenig zu drücken. Die Leute haben zwar keine eigenen Kinder aber eine Pflegetochter, welche ihnen treulich zur Seite steht. Freunde und Gönner des Jubilars haben es unternommen, den Brautleuten eine Freude zu bereiten und überreichten ihnen heute einen Lehnsfessel und einen Regulator, da das Paar in ziemlich guten Verhältnissen lebt. Sonstige Überraschungen wurden ihnen von Näherstehenden bereitet, so auch die festliche Ausschmückung der Kirche, in welcher sie heute abermals getraut wurden, und die Verzierung der Sessel vom Altar, in welchen sie während der Trauung Platz nahmen, mit Blumenguirlanden. — Gestern Abend um 6 Uhr versammelten sich im Sitzungsäule unseres Rathauses die Mitglieder des Vorstandes des „Vaterländischen Frauen-Zweigvereins“ für den Kreis Fraustadt zu statutenmäßigen Sitzung. Leider konnte auch zu dieser Sitzung (es ist die dritte, welche bis jetzt stattgefunden) die Vorsitzende des Vereins nicht erscheinen und mußte auch diesesmal Frau Geheimrat Braunschweig aus Fraustadt, als deren Stellvertreterin, den Vorstand führen. Aber auch aus unserem Orte fehlten einige Vorstandsmitglieder. Wie uns mitgetheilt wird, ist die Vorsitzende schon längere Zeit durch Kränklichkeit ans Bett gefesselt. Es kam vor dem Eintritt in die Tagesordnung zu Erörterungen, welche einen großen Theil der Zeit in Anspruch nahmen und die Folge hatten, daß einige Mitglieder des Vorstandes, welche nur ungern vermißt würden, erklärten, daß sie „unter diesen Umständen dem Vereine nicht länger angehören könnten.“ Dieser ganze Borgang ist um so bedauerlicher, als der Verein durch den Verlust so einflussreicher und thätiger Vorstandsmitglieder, wie die betreffenden Persönlichkeiten sind, unbedeutend Schaden leiden muß.

vertretenden Persönlichkeiten mit, um esimgt Schwer leiden zu müssen. Da der Versuch, die entstandenen Differenzen auszugleichen, geüht ist, so begrenzt wir im Interesse des Vereins den warmen Wunsch, daß es noch nachträglich gelingen möchte, eine Einigung herbeizuführen. — Die Erledigung der Geschäfte des Vereins, welche natürlich durch das Heraüberbringen des vorangegangenen Wistons zu leiden hatte, wurde sodann in folgender Weise erzielt: 1. Ein Schreiben vom Vorstehern des Vaterländischen Hauptvereins in Berlin wurde verlesen, in welchem der Verein zu Sammlungen für die Rothleidenden in Oberschlesien aufgefordert wird. Der Aufforderung ist bereits Genüge geschehen und es wird als Resultat der Bemühungen des Vereins festgestellt, daß an baaren Beträgen 752,73 M. eingegangen sind, außerdem eine Menge Kleidungsstücke und Lebensmittel theils angemeldet, theils schon eingeliefert worden sind. Es sollen fogleich an den Nothstandsausschuß in Breslau, zu Händen der Frau General v. Tümpeln dasselbst, 750 M. abgeschickt werden und Frau General von Stülpnagel auf Geyersdorf läßt durch ihre anwesende Tochter erklären, daß sie sich der Mühe des Einsammelns der Kleidungsstücke und der Lebensmittel unterziehen wolle und sie die Expedition derselben an den Nothstandsausschuß überwachen werde. — 2. Es sind vier Bittgesuch um Unterstützung eingelaufen. Das eine Gesuch kann nicht berücksichtigt werden, da der Petent aus Reisen ist und dort ein selbstständiger Frauenverein schon längere Zeit besteht. Auf die übrigen drei Gesuche (eins aus Lissa und zwei aus Fraustadt) werden einmal 15 Mk. und zweimal 20 Mk. als einmalige Unterstützungen bewilligt. — 3. Der Hauptverein in Berlin hat die Aufforderung an den Zweigverein gerichtet, daß ihm nach einem vorgezeichneten Schema der Rechenschafts

bericht über die Vereinstätigkeit in dem abgelaufenen Jahre erstatte werde. Herr Superintendent Pfleiffer-Fraustadt, der Schriftführer des Vereins, übernimmt es, diesen Bericht binnen Kurzem auszufertigen. — Zum Schluß macht der Vorsitzende die Mittheilung, daß das dem Vereine zugegangene Diplom bereits eingeraubt und in dem Sitzungs-
saale in Fraustadt aufgehängt worden sei. Die Kosten dafür (5,50 M.) werden durch freiwillige Beiträge der anwesenden Vorstandsmitglieder sogleich gedeckt. — Die nächste Sitzung wurde auf Montag, den 5. April, Nachmittags 3½ Uhr, im Rathause zu Fraustadt bestimmt. — Am vorigen Sonntag fanden die kirchlichen Wahlen in der hiesigen evangelischen Kreuzkirche unter nur sehr schwacher Beteiligung statt. Die aufgestellten Kandidaten, deren Namen ich schon vor einiger Zeit mitgetheilt habe, sind ohne Ausnahme und fast einstimmig gewählt worden. Wie man annimmt, zählt die hiesige evangelische Gemeinde wenigstens 600 wahlfähige Mitglieder, von diesen haben sich nur ungefähr 160 in die Wählerliste eintragen lassen und sind zum Wahllatte 73 Personen erschienen, von welchen sich nach erfolgter Wahl der drei Kirchenräthe noch drei Wähler entfernt, so daß nur 70 Wähler die Wahl der neuen Gemeinderepräsentanten vollzogen.

Aus dem Kreise Schubin, 5. Januar. [V e r s c h i e d e n e s.]
Der königliche Oberförster von in Rosengrund bei Pln.-Crone ist zum
Kreisvorstand des allgemeinen deutschen Jagdschuhvereins für die
Kreise Schubin und Bromberg an Stelle des verstorbenen Regierungsrathes
Göschel ernannt worden. — In dem Dorfe Cienksow die diesseitigen
Kreises, wo im Laufe des Sommers die Pockenkrankheit unter den
Schafen zum Ausbruch kam, hat die dieserhalb verhängt gewesene
Sperre wegen Erlöschens der Seuche wieder aufgehoben werden
können.

G. Jutroschin, 5. Januar. [Kirchliche Wahl. Ueber-
schwemung. Elisabeth-Verein in Militsch.] Nach-
dem vorgestern Abend im Lokale des Schänker Cierpinski eine die kirch-
liche Wahl betreffende Besprechung stattgefunden hatte, wurde gestern
nach beendigtem Gottesdienste in der evangel. Kirche die Wahl von
drei Kirchenältesten und neun Mitgliedern der Gemeinde-Vertretung
vorgenommen. Es hatten sich zu derselben nur 25 Gemeindeglieder
eingefunden und wurden zunächst die drei ausgeschiedenen Kirchenältesten
Schänker Wilhelm Cierpinski, Schuhmachermeister Adolf Linde-
ner und Ackerbürger Robert Dauke I. wieder gewählt. Von den
9 ausgeschiedenen Mitgliedern der Gemeinde-Vertretung wurden 8,
nämlich die Herren Distrifftsfommissarius Viebig, Barbier Dreier,
Züchnermeister Gottlieb Krause, Bäckermeister Reinhold Lach-
mann, Ackerbürger Samuel Hein, sämtlich von hier, Ackerwirth
August Manske aus Nadstorno, Ackerwirth Julius Lachmann
aus Laborowo, Ackerwirth Wilhelm Munder aus Platschow
wieder- und Handelsmann Raubut von hier neu gewählt. — In
Folge des plötzlich eingetretenen Thauwetters und der wiederholt statt-
gefundenen Regengüsse ist der massenhaft aufgehäuft gewogene Schnee
geschwunden und der Wasserstand unserer Orla ein so hoher, daß sie
alle an ihr liegenden Felder und Wiesen überschwemmt hat. Die auf
der Chauffee nach Dlonie über die Orla führenden Brücken waren bei
dem starken Eisgang wiederum sehr gefährdet und bedurfte es der
angestrengtesten, übrigens nicht ungefährlichen Thätigkeit der angestell-
ten Arbeiter, um die sich dort aufzuhäufenden Eisböschungen zu entfernen. —
Die im benachbarten Militsch bestehende Königin Elisabeth-Verein hat
auch vergangene Weihnachten eine Weihnachtsbescherung für arme
Schulkinder veranstaltet. Nachdem die Kinder ein Weihnachtslied ge-
sungen, Herr Pastor Bindler eine der Feier würdige Ansprache gehal-
ten und ein Knabe der ersten Klasse dem Vereine einen von ihm selbst
versafsten Dank ausgesprochen hatte, wurden an 87 Kinder 68 Paar
Schuhe, 87 Paar Strümpfe, 33 Schürzen, 50 Halstücher und 87
Striezeln vertheilt. Wieder hatte es die Güte der Frau Gräfin
Malzahn, sowie vieler anderer edler Männer und Frauen möglich
gemacht eine so große Anzahl von Kindern beziehen zu können.

— z. Schwerin a. W., 5. Januar. [Aus dem städtischen Budget. Darlehnskasse. Postverbindung. Vortrag.] Der für das Jahr 1880/81 zur Einsicht ausgelegte Etat der städtischen Verwaltung weist in Einnahme wie in Ausgabe den Betrag von 59,300 Mark auf, gegen 58,462 M. des vorjährigen Etats, und zwar an Einnahme: von Grundeigenthum 11,617 M. 45 Pf., aus der Stadtforst 25,217 M. 50 Pf., von Berechtigungen 2040 M., an Zinsen von Kapitalien 31 M. 41 Pf., an Gemeinde-Einkommensteuer 18,900 M., an unbestimmten Einnahmen 151 M. 14 Pf., aus Gemeinde-rechten 50 M., aus Legaten und durchlaufenden Posten 217 M. 50 Pf. An Ausgaben: Remunerationen und Gehälter 11,041 M. 50 Pf., für Stadtforsten 8349 M., Pensionen 1839 M., Verwaltungskosten 1413 M., Abgaben 7962 M. 92 Pf., Verbindlichkeiten gegen Kirchen und Schulen 1026 M., zur Unterhaltung von Gebäuden, Brücken, Wegen und Gräben 3366 M., zur Unterhaltung von Straßen, Pumpen, Feuerlöschgeräthen und zur Verschönerung 4725 Mark, Zuschüsse 15,892 M., zur Schuldentilgung 1592 M., Insgemeine 1876 M. 8 Pf., Legate und durchlaufende Posten 217 M. 50 Pf. Die speziellen Etats für die höhere Knabenschule und die Armenverwaltung belaufen sich in Einnahme und Ausgabe auf 14,250 M. resp. 6400 M. — Der, in diesen Tagen veröffentlichte Kassenabschluß des hiesigen Darlehns-kassenvereins ergiebt folgenden Status des Vereins. Aktiva: Gewährte Vorschüsse 125,609 M. 76 Pf., Verwaltungskosten 316 M. 31 Pf., Baarbestand 10,425 M. 53 Pf., in Summa 136,351 M. 60 Pf. Die Passiva betragen: Reservefonds 4691 M. 50 Pf., Guthaben der Mit-glieder 36,802 M. 2 Pf., Zinsen 7648 M. 39 Pf., aufgenommene Darlehen 87,209 M. 69 Pf., zusammen ebenfalls 136,351 M. 60 Pf. — Die Stadt Blesen, welche unserm Orte am nächsten gelegen ist und in vielsacher Beziehung auf die Verbindung mit derselben ange-wiesen ist, befaßt bisher nur eine täglich verkehrende Brief- und Paket-postverbindung nach Schwerin, sowie eine Telegraphenverbindung zur Beförderung von Depeschen. Vom 1. Januar d. J. ab hat die Post-verwaltung auch einen Personenpostverkehr zwischen den beiden Städten eingerichtet. Die Abfahrt der Post erfolgt von hier täglich um 8½ Uhr Morgens, von Blesen um 5½ Uhr Nachmittags; das Personengeld beträgt für jede Fahrt 1 M., vier Personen können befördert werden, doch wird ein Beiwagen nicht gestellt. — Im hiesigen Volksbildung-verein wird im Laufe des Januar ein Vortrag von dem berühmten Voisinden Schloßgärtner über Meisen in Hochsachsen gehalten werden.

Landwirtschaftliches.

¶ Nakel, 5. Januar. [Kartoffelerträge]. Mit Eintritt der milden Witterung hat auch wieder das Kartofflexport-Geschäft mehr an Umfang gewonnen, so daß täglich größere Transporte von hier für andere Provinzen zur Versendung kommen. Zu wünschen wäre es nur, wenn die milde Witterung noch einige Zeit anhielte, da jetzt die Landleute noch keine Feldarbeiten verrichten und daher diese Zeit zur Wegschaffung der Kartoffeln recht gut benutzt können. Schon im Herbst wurden den Besitzern von Auswärts annehmbare Öfferten gemacht, es war ihnen jedoch nicht möglich, darauf eingehen zu können, weil sie dadurch in der Bestellung ihres Akers zurückgeblieben wären. Dieselben Umstände walten in der Regel im Frühjahr ab, weshalb es häufig vorkommt, daß die Kartoffeln gar nicht zu Markt gebracht und lieber als Viehfutter benutzt werden, wenn die Preise nicht hoch sind, da es zu beschwerlich ist, Kartoffeln auf größeren nicht chaußirten Entfernungen bis zur Bahn zu schaffen.

Die von einem Berliner Blatte in seiner gestrigen Morgennummer ausgesprochene Befürchtung, daß eine Ueberproduktion an Kartoffeln in Aussicht steht, können wir für unsere Gegend, auch wohl für unsere ganze Provinz nicht theilen, denn zunächst hat der Landmann, wenn er günstige Erträge erzielen will, die richtige Fruchtfolge inne zu halten und wird es überhaupt Niemandem einfallen, auf den Feldern, wo man mit Erfolg Weizen oder Roggen bauen kann diese Fruchtgattungen Kartoffeln, deren Bestellung viel Mühe und Ar-

Briefkasten.

S. A. in Posen. Sie finden den verlangten Bericht stets im Mittagsblatte der "Posener Zeitung".

Pfahlbauten in Amerika. Entdeckungen von Pfahlbauten sind nichts Seltenes mehr, aber ganz versunkene Städte auf dem Boden irgend eines Sees zu entdecken, war bisher nur dem Auge begeisterter Dichter gegeben. In Amerika übertrifft indes bekanntlich die Wirklichkeit sehr häufig die kühnsten Gebilde der Einbildungskraft. Der See Tulara im fernen Westen soll durch die Hitze des letzten Sommers so sehr eingetrocknet sein, daß man durch die geringe übrig gebliebene flache östliche Gebilde der Gebäude, Kanäle, fossilen Bäume und Brüchen einer vergangenen Stadt erblicken kann. Der Baustil soll, wie das betreffende kalifornische Blatt, welches die Kunde bringt, wohlweislich hinausgehen, darauf schließen lassen, daß die Stadt ihr Dasein einer bis jetzt unbekannten Menschenrace verdanke. (???)

auszubreiten, der Kirche Seelen zu gewinnen; dann aber auch die großartige Idee, die b. Orte wieder zu erwerben oder zu erkaufen, um dieselben alsdann dem Papste zum Geschenke anzubieten, sich selbst aber und seine Nachkommen zum Verteidiger und zum ewigen Vertheidiger des heiligen Grabes zu machen."

Berantwortlicher Redakteur: P. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Kölner Dombau-Loose.

Ziehung am 15. Januar 1880. Hauptgewinn Mr. 75,000, 30,000, 15,000, 6000 sc. sind à Markt 5 in der Exped. der Posener Zeitung zu haben.

Bekanntmachung.

Die Schank- und Wohnlokale im biegsigen städtischen Hause sollen im Termine

Montag,
den 12. Januar 1880,

Vormittags 11 Uhr, im biegsigen Bureau auf sechs Jahre vom 1. April 1880 ab, meistbietend verpachtet werten.

Bietungs- resp. Pachtkaution sind 1000 Mark erforderlich.

Pachtbedingungen sind im Termine wie auch vorher einzusehen.

Pinne, den 29. Dezember 1879.

Der Magistrat.

Handelsregister.

In unserm Firmenregister ist zufolge

Verfügung vom 5. Januar 1880

heute eingetragen:

1. bei Nr. 295, die biegsige Firma J. Bleistein ist durch Erbgang aus der Witwe Bertha Bleistein geborene Stettiner in Posen übergegangen; vergleiche Nr. 1950 des Firmenregisters;

2. unter Nr. 1950 die Firma J. Bleistein

Ort der Niederlassung Posen und als Inhaber derselben die Witwe Bertha Bleistein geborene Stettiner zu Posen.

Posen, den 6. Januar 1880.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, d. 21. Jan. er.

Vormittags 10 Uhr, sollen ca. 190 Stück große Pappe in auf dem Stanine von der Baumplanzung der Posener Gneisen-Thorner Chaussee von Station 22,1 bis 23,4 innerhalb der Feldmark Strumiany, zwischen Koszyn und dem Chaussee-

hause Jwo im Wege der öffentlichen Visitation an Ort und Stelle verkauft werden. Die Verkaufsbedingungen können vorher im Geschäftszimmer des Unterzeichneten, Galborschstrasse 28 und in der Wohnung des Chaussee-Aufsehers Walow zu Paczkow eingesehen werden.

Posen, den 5. Januar 1880.

Der Bege-Bau-Inspektor.

Crantz.

Bekanntmachung.

Der für die biegsigen Militär-Be-

hörsen und Garnison-Anstalten auf das Etatsjahr 1880/81 erforderliche Bedarf an:

41542 Centner Steinholz,

447 Kubikmeter tiefern Klovenholz,

2 Centner raff. Rüböl,

500 = Petroleum,

151 = crystallisierte Soda,

16 = grüne Seife,

8 = weiße Seife,

31 Pfund Stearinlichte,

45 = Talglichte,

sowie an Schreibmaterialien ver-

schiedener Art, soll im Wege der

öffentlichen Submission sicher ge-

stellt werden, wozu ein Termin auf

Donnerstag,

den 22. Januar d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

in unserem Bureau, Kanonenplatz 2,

anberaumt ist.

Die Lieferungsbedingungen sind

ebendaselbst einzusehen.

Posen, den 4. Januar 1880.

Königl. Garnison-

Verwaltung.

Bekanntmachung.

In unserm Genossenschafts-Register

ist unter Nr. 4 "Volksbank zu

Borek" folgender Vermert:

An Stelle des Prostes

Alexander Brandowski ist

der Aderbürger Victor Via-

sekci zu Borek als Direktor

in den Vorstand eingetreten.

Posen, den 1879 heut eingetreten.

Krotoschin, den 31. Dez. 1879.

Königl. Amtsgericht.

S. A. in Posen. Sie finden den verlangten Bericht stets im Mittagsblatte der "Posener Zeitung".

Pfahlbauten in Amerika. Entdeckungen von Pfahlbauten sind nichts Seltenes mehr, aber ganz versunkene Städte auf dem Boden irgend eines Sees zu entdecken, war bisher nur dem Auge begeisterter Dichter gegeben. In Amerika übertrifft indes bekanntlich die Wirklichkeit sehr häufig die kühnsten Gebilde der Einbildungskraft. Der See Tulara im fernen Westen soll durch die Hitze des letzten Sommers so sehr eingetrocknet sein, daß man durch die geringe übrig gebliebene flache östliche Gebilde der Gebäude, Kanäle, fossilen Bäume und Brüchen einer vergangenen Stadt erblicken kann. Der Baustil soll, wie das betreffende kalifornische Blatt, welches die Kunde bringt, wohlweislich hinausgehen, darauf schließen lassen, daß die Stadt ihr Dasein einer bis jetzt unbekannten Menschenrace verdanke. (???)

Grellus, zahlbar am 1. März 1878 und

11. ein Wechsel über 35 Thaler, datirt von Rogomo, an einem Tage vor dem 1. Januar 1876 von dem Händler Fuchs in Rogomo für dessen eigene Ordre auf den Rittergutsbesitzer Albin von Korntowski in Rogomo gesogen, von Letzterem acceptirt, von Fuchs an Gutmann Wolff in Tremeschen und von diesem an den Partifulier Adolph Süßkind girirt, zahlbar 3 Monate a dato.

Die unbekannten Inhaber der vorstehend genannten Wechsel werden aufgefordert, binnen 6 Monaten die Wechsel dem biegsigen Gerichte vorzulegen, widrigensfalls die Wechsel für kraftlos erklärt werden.

Tremeschen, den 9. September 1879.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Hausgebot.

Nachstehende Wechsel sind verloren gegangen:

1. ein trockener Sola-Wechsel über 210 Mark, ausgestellt in Tremeschen im Jahre 1878 an einem Tage vor dem 28. Juni an die Ordre der Kaufmannswitwe Helene Süßkind von Stanislaus Kraus und Max Kraus und Stanislaus Malewitz, zahlbar am 28. Juni 1878.

2. ein trockener Sola-Wechsel über 50 Mark, ausgestellt in Tremeschen im Jahre 1878 an einem Tage vor dem 1. September an die Ordre der Kaufmannswitwe Helene Süßkind von Stanislaus Kraus und Maximilian Kraus, zahlbar am 1. September 1878.

3. ein trockener Sola-Wechsel über 150 Mark, ausgestellt in Tremeschen am 25. April 1878 an die Ordre der Kaufmannswitwe Helene Süßkind von Stanislaus Kraus und Maximilian Kraus, zahlbar am 25. Juli 1878.

4. ein trockener Sola-Wechsel über 100 Mark, ausgestellt in Tremeschen am 1. August 1878 an die Ordre der Kaufmannswitwe Helene Süßkind von Stanislaus Kraus, zahlbar am 1. November 1878.

5. ein trockener Sola-Wechsel über 165 Mark, ausgestellt in Tremeschen am 5. November 1878 an die Ordre der Kaufmannswitwe Helene Süßkind von Stanislaus Kraus und Maximilian Kraus, zahlbar am 1. Februar 1879.

6. ein trockener Sola-Wechsel über 240 Mark, ausgestellt in Tremeschen am 17. März 1878 an die Ordre der Kaufmannswitwe Helene Süßkind von Stanislaus Kraus und Stanislaus Niedbal, Stanislaus Kraus und Max Kraus, zahlbar am 14. Juni 1878.

7. ein trockener Sola-Wechsel über 150 Mark, ausgestellt in Tremeschen am 21. März 1878 an die Ordre der Kaufmannswitwe Helene Süßkind von Stanislaus Niedbal und Stanislaus Rybicki, zahlbar am 20. Mai 1878.

8. ein trockener Sola-Wechsel über 450 Mark, ausgestellt in Tremeschen am 4. April 1878 an die Ordre der Kaufmannswitwe Helene Süßkind von Stanislaus Niedbal, Stanislaus Kraus und Max Kraus und August Graul, zahlbar am 3. Juli 1878.

9. ein trockener Sola-Wechsel über 198 Mark, ausgestellt in Tremeschen am 11. April 1878 an die Ordre der Kaufmannswitwe Helene Süßkind von Stanislaus Kraus, Maximilian Kraus und Wladislaus Niedbal, zahlbar am 11. Juli 1878.

10. ein trockener Sola-Wechsel über 375 Mark, ausgestellt in Tremeschen an einem Tage im November oder December 1877 an die Ordre der Kaufmannswitwe Helene Süßkind von Anton

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Kostrzyn unter Nr. 165 belegene, im Grundbuche von Kostrzyn Band IV Blatt 225 eingetragene, dem Tischlermeister Andreas Klimas gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen desselben berichtet steht und welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 70 Mark veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Substaation

den 11. März 1880,

Vormittags um 10 Uhr, im Lokale des unterzeichneten Gerichts versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten etwa noch zustellenden besondern Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei I des unterzeichneten Gerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigentumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Rechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück gelten machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche zur Vermeidung der Prallusion spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termin anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Bützags wird in dem auf

den 13. März 1880,

Vormittags um 10 Uhr, im Geschäftslokale desselben Gerichts anberaumten Termine öffentlich verlautet werden.

Budowin, den 31. Dez. 1879.

Dr. Philipp Werner.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

An unseren Elementarschulen ist

eine katholische Lehrerstelle mit einem Jahresgehalt von 900 Mark zu besetzen.

All Personen, welche eine zur Konkurrenz gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkurrenz etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldnern zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkurrenzverwalter bis zum 26. Januar 1880 Anzeige zu machen.

Königl. Amtsgericht

zu Nakel.

Bekanntmachung.

Die biegsige Stadtsekretärstelle mit

einem Jahrgehalte von vorläufig

1200 Mark, welches jedoch bei tüchtigen Leistungen des Inhabers ent- sprechend erhöht werden wird, ist so- fort zu besetzen. Personen, welche im Besitzer der erforderlichen Ge- schäftsleitung und der polnischen Sprache wenigstens in dem Grade mächtig sind, um sich mündlich verständigen zu können, sollen sich unter Einsendung eines kurzen Lebens- laufes und ihrer Zeugnisse innerhalb 6 Wochen bei uns melden.

Personliche Vorstellung ist er- wünscht.

Bei gleicher Qualifikation erhalten Civilversorgungsberechtigte den Vorzug.

Ostrovo, den 5. Januar 1880.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die am 8. Januar d. J. Vormit-

tags 10 Uhr, in Jerzyce auf dem

Grundstücke 189 anstehende Auktion wird aufgehoben.

Bernau,

Gerichtsvollzieher.

Die Forstverwaltung.

Bekanntmachung.

Aufkündigung von Kreis-Obligationen des Kreises Kröben.

Bei der am 30. d. Mts. stattgefundenen Auslosung sind nachstehend bezeichnete Kreisobligationen des Kreises Kröben gezogen, resp. ausgelost worden, und zwar:

Litt. A	Nr. 4	über 1000 Thlr.	= 3000 Mrkt.
A	5	1000	= 3000
A	6	1000	= 3000
A	9	1000	= 3000
A	10	1000	= 3000
B	7	500	= 1500
B	9	500	= 1500
B	13	500	= 1500
B	15	500	= 1500
C	20	200	= 600
C	21	200	= 600
D	13	100	= 300
D	37	100	= 300
E	32	50	= 150

Die Inhaber dieser Obligationen werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande nebst den dazu gehörigen Coupons

am 1. Juli 1880

auf der Kreis-Kommunal-Kasse in Kamitsch gegen Empfangnahme der Baarzahlung des Nennwertes zurückzuliefern.

Vom 1. Juli 1880 ab findet eine Verzinsung qu. Obligationen nicht mehr statt.

Kamitsch, den 31. Dezember 1879.

Die Kreisständische Finanz-Kommission.

Dr. Grf. Posadowsky-Wehner.

Ein alter, gut erhaltenes Flügel ist billig zu verkaufen St. Martin 28, partere links.

Einzelne Kleider!

Jede Meterzahl von reinwollenem Cashemir, Rips, Lassing, Beige etc. in allen Farben versendet zu Fabrikpreisen und stellt Muster gratis zur Verfügung.

O. Rossner, in Greiz,
Wollwarenabfabrik.

Patentirte gepreßte Papier schüsse in der Paper Novelty Comp., Chago, aus feiner Pappe hergestellt und innen mit weißem Papier sauber überzogen. Billiger Preis, saubere, leicht handliche Verpackung; für Butter-, Materialwaren, Delicatessen-etc. Handlungen, für Drogen und Chemicien, sowie für kleine Fleisch- und Conditorwaren unentbehrlich. Preis pro 1000 Stück:

Nr. 1, 2, 3, 4, 5,

M. 22, 50, 25, 30, 35, 40, gegen Einsend. d. Betr. oder Nachnahme. Viele 100,000 Stk. sind bereits abgesetzt, gewiß die beste Empfehlung des neuen wirklich praktischen Artikels. Mustersetiment, bestehend aus 170 Stk., 5 Kilo schwer, verf. frco. für M. 6 gegen Eins. d. Betr. — Größe der kleinsten Schlüssel 13:20 cm., der größten 20:27 cm., allein zu beziehen von J. J. Flegel in Schwedt a. d. Oder.

Leihgeschirr zu Festlichkeiten empfiehlt Sigism. Ohufstein, Wilhelmsplatz 5.

Nothe und weiße Kartoffel kaufen bei sofortiger und späterer Abnahme Manasse Werner.

90,000 Thaler

Fideikommissgelder sind à 5 Prozent auf 10 Jahre hypothetisch zu geben; auf Güter, die nur mit Landschaft belastet sind, bis à der landsch. Taxe, auf städtische Grundstücke erststellig, bis zur Hälfte der Feuersteige.

Julian Reichstein, Berlinerstr. 7.

Öffentliche Danksgung.

Seit vielen Jahren wurde ich auf das Unangenehme von einem Bandwurm geplagt; ich wandte viele ärztliche Mittel dagegen an, aber alle vergebens. Ich verfügte zuletzt das Mittel des Heilgehilfen Herrn W. Grünberg hier selbst, welches herrlich wirkte, denn ich wurde von meinem Bandwurmeleiden in kurzer Zeit vollständig gefahlos und ohne jeden Schmerz befreit, wofür ich dem Herrn W. Grünberg meinen herzlichsten Dank ausspreche und dies zum Wohle vieler ähnlicher Leidenden bekannt mache.

G. Firzlaff,
Schützmann.

Die ersten süßen Messinaer Apfelsinen empfing

Jacob Appel,
Wilhelmsstr. 7.

Ich wohne jetzt Bergstraße 6, 2 Treppen, wo ich Anmeldungen zum Tanz-Unterricht entgegne. Sprich jeden Donnerstag, Freitag und Sonnabend von 12 bis 2 Uhr Mittags. Gleichzeitig beabsichtige ich einen Tanz-Kursus in Büt zu eröffnen. Das Nähere zu erfragen bei Dr. Kaufmann Gorolewski (Hotel du Nord) daselbst. Posen. Roohaakl, Tanzlehrer.

Führleute resp. Fuhrunternehmer, zur Anfuhr von Chauffirungssteinen, werden gesucht beim Neubau der Chaussee Rosdorf-Gr. Kötzig bei Forst i. L. Das Nähere bei dem Unterzeichneten.

Forstdorf bei Forst i. L. Scheuring.

Ein Kind discr. Geburt, gleichviel welchen Geschlechts, wird gegen einmalige Vergütung von einem kinderlosen, gebildeten Ehepaar zu adoptiren gesucht.

Offerten unter J. F. 2397 an Rudolf Wosse, Berlin S. W.

Kuelles Heirathsgesuch.

1 ticht. Landwirt von 26 Jahren, alleinstehend und im Besitz eines Gutes von 500 Morgen, sucht aus Mangel an Damenbekanntschaft auf diesem Wege eine Lebensgefährtin. Junge Damen oder Wittwen resp. deren Brüder, Eltern oder Vormünder werden gebeten, bis zum 20. Januar cr. gütige Offerten auf dieses erste gemeinte Gesuch unter A. Z. 100 mit Photographie an die Exp. dies. Zeitg. gelangen zu lassen. — 3—4000 Thlr. Mitgift wären erwünscht und könnten sicher gestellt werden. Diskret, sowie event. Rücksendung d. nicht accept. Offert. Ehren-

Specialarzt Dr. med. Meyer, Berlin, Leipzigerstr. 91, heilt auch brießlich Syphilis, Geschlechtschwäche, alle Frauen- und Hautkrankheiten, selbst in den hartnäckigsten Fällen, stets schnell mit bestem Erfolge.

Die beste Stahlseder ist:

S. Roeder's Bremer Börsenfeder.

Da bereits vielfache Imitationen dieser ausgezeichneten Federn in den Handel gebracht worden sind, so verlange man ausdrücklich:

S. Roeder's Bremer Börsenfeder.

Patent.



Buss, Sombart & Co., Magdeburg.

Culmbacher Exportbier

von Louis Weiß in Culmbach empfiehlt in Originalen jeder Größe, sowie schankreif abgezogen auf ½, ¼, ⅓, ⅔, 1 Hl. und in Kisten à 25 und 50 Flaschen

das General-Depot für Schlesien

und Posen

B. Czaya in Breslau, Kupferschmiedestr. Nr. 22.



(n. d. Armeiteixe I Schachtel 8 Mk., 8 Schachtel 16 Mk.) enthalten die vollen Heilkräfte der Coca-Pflanze, deren Wirksamkeit sie erhalten. Den Gebrauche der Coca, in Peru seit Urzeiten heimisch, schreibt Alex. v. Humboldt das totale Fehlen von Asthma u. Tuberkulose auf den Anden zu. Alle Südamerica-Reisenden wie die Coryphen der Wissenschaft aller Länder sind darin einig, dass keine Pflanze des Erdalls so glücklich wirkt. Einzig die Peruaner bei härtester Arbeit wochenlang vollkräftig.

Nach den praktischen Erfahrungen Dr. Sampsons, welchen Humboldt selbst dazu aufforderte, für die verschiedenen Krankheitsgruppen verschieden zusammengesetzt, bewährten sich seit vielen Jahrzehnten mit stetig wachsendem Erfolge, selbst in verweilenden Fällen: Cocapillen I gegen Hals-, Brust- u. Lungentbc., Cocapillen II und Wein gegen Magen-, Leber-, Unterleibs- u. Hämorrhoidalbeschwerden, Coca-Pillen III als unerträglich und unübertragen gegen allgemeine Nervenschwäche (Hypochondrie, Hysterie, Migraine, etc.) wie gegen specielle Schwindanfälle (Pollution, Impotens etc.). Lehrlung Professor Sampson's über ihre Anwendung gratis-franc durch die Mohren-Apotheke Mainz und deren Depots.

Posen: Dr. Mankiewicz, kgl. Hofapotheke; Berlin: L. Bieler, Blumen-Apotheke, Blumenstrasse 73; Breslau: S. G. Schwartz, Orlauerstr. 21, und Alte Scheindignerstr. 6.

Graben 24 i. 1 W., 2 St., Küche u. Zubehör für 80 Thlr. v. 1. April d. J. zu verm. Zu erft. b. Wirth.

J. Połomski,

approbiert Bahnarzt. Von 8—9 früh für Unbequemlichkeit.

Gr. Gerberstrasse 41 ist vom 1. Februar 1. Etage ein gr. Zimmer möbl. auch immobilit zu verm.

Eine renovierte Wohnung im 2. Stock, 4 Zimmer und viel Nebengelass, zu vermieten.

F. G. Fraas, Breitestrasse 14.

Das früher S. Neumann'sche Geschäftsalof Markt 67 ist zu vermieten. Näheres daselbst beim Eigentümer.

Gut möbl. Parterrezimmer sof. zu verm. Bäckerstrasse 22.

Eine schöngelagerte Wohnung von 4 großen Zimmern, reichlichem Belag u. Verdstall ist zum 1. April zu vermieten. Näheres Wilhelmstraße 19, 3 Tr. r.

Bromberg, 7. Januar 1880.

Conrad Burandt.

Steinmüller

finden dauernde Beschäftigung beim Neubau der Chaussee Rosdorf-Gr. Kötzig bei Forst i. L. Mel-

denburg bei dem Unterzeichneten.

Forstdorf bei Forst i. L.

Scheuring.

Ein Wirtschafts-Inspektor,

28 Jahr alt, der auch polnisch

spricht, unter Leitung des Prinzipals

und selbstständig gewirtschaftet,

sucht, gefüsst auf gute Zeugnisse und

Empfehlungen vom 1. April cr.

Stellung. Ges. Oftr. sub A. B. 100.

befordert die Exped. dieser Zeitung.

Wirthinnen und gut emps. Dienstmädchen jeder Art sind sofort zu haben durch Frau Schneider, Mühl-

str. Nr. 26.

Ein Bureaugehülf, im Expedi-

tionen gewandt, welcher mit der

städtischen Verwaltung vertraut, er-

hält bei bescheidenen Ansprüchen

Stellung zum 1. Februar cr.

Offerten sind in der Expedition

der Posener Zeitung niedergelegen.

Wirthin u. Stubenmädchen.

empfiehlt E. Anders,
Gr. Ritterstraße Nr. 7.

Braumeister

f. Bair. B. nach Russland b. 600

Rub. Geh. u. ein herrsch. Diener

f. Posen ges. gef. durch v. Drweski

u. Langner, Posen, Wienerplatz.

Zur Rückantw. 30 Pf. in Briefen

erforderlich.

Für eine Besitzung v. 5000 M.

Brennerei, intensive Bewirthsch., wird

zur selbstst. Bewirthsch. ein verh.

od. unverh.

erfahrener Oberinspektor,

d. schon selbstst. gemirth., z. 1. April

cr. ges. Adr. postlagernd Gnesen

A. Z. 620.

Lehrlingsgesuch.

Ein junger Mensch, welcher Lust

hat, die Gärtnerie zu erlernen, kann

sich melden.

Dom. Dembro, bei Neustadt a. W.

Kunstgärtner Felgentreu.

Für mein Glas- und Porzellans-

Geschäft suche einen mit dieser

Branche durchaus vertrauten

jungen Mann

mosaischer Confession.

M. Kantorowicz,

Stettin.

Zum 1. April wird ein

tüchtiger Wirthschafts-

vogt bei gutem Lohn und

Deputat gesucht.

Domaine Nochan b. Schrimm.

Ein verheiratheter

Schäfer

findet zum 1. April Stellung in

Könin bei Pinne.

Ein energischer, verheiratheter

Boigt